

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Verkäufer 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau.
Postfachkonto Nr. 28 885. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Sonnabend, 12. November 1921

Anzeigenpreis: Die Saarländische Wiltmeiersche oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsaussuche, Familiennachrichten, Vereins- und Verammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Wiltmeiersche, Saarländisch oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Generalstreik gegen die Faschisten in Rom Washington und Irland.

Der Kongress der Faschisten.

Intel. Mailand, 9. November.

Gestern trat in Rom der Landeskongress der Faschisten zusammen. Der Vorsitzende erklärte in seiner Eröffnungsrede, es sei notwendig, Mäßigung zu beachten, da die ganze Welt aufmerksam den Kongress verfolge. Der Sekretär des Faschistenbundes führte in seinem Tätigkeitsbericht aus, daß insgesamt 2200 Organisationen mit 320 000 Mitgliedern dem Bunde angeschlossen seien. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet die Besprechung des Übereinkommens mit der Sozialistischen Partei. — Anlässlich des Kongresses kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Faschisten. Die Volkstribun (Arbeiterzeitung) erklärten den Behörden, daß sie die Verantwortung für die kommenden Ereignisse ablehnen müßten, da sich der Arbeiterschaft infolge der faschistischen Provokationen eine ungeheure Erregung bemächtigt habe.

Die Einheitsfront des römischen Proletariats gegen den Faschismus.

Intel Rom, 10. November.

Gestern früh kam es bei der Ankunft der Züge, welche die Teilnehmer zu der anlässlich des Faschistenkongresses stattfindenden Demonstration der Faschisten in die Stadt brachten, zu ersten Zusammenstößen zwischen Eisenbahnern und Faschisten. In dem sie sich durch den Pfiff einer Lokomotive beleidigt erklärten, griffen Faschisten den Lokomotivführer und seine Begleiter an, wobei der erstere schwerwundet wurde und kurz darauf im Spital starb. Die proletarische Verteidigungslinien traten sofort mit den Vertretern der Arbeiterkammer, der Sozialistischen und der Kommunisti-

schen Partei sowie der Geschäftsleitung in Verbindung, die gemeinsam den Generalstreik beschlossen, der schon um Mitternacht begann. Die Straßenbahnen und die Angestellten der Vorortbahnen waren schon vorher wegen faschistischer Provokationen in den Streik getreten. Die Typographen beschlossen, nur noch die schon im Druck befindlichen Zeitungen fertigzustellen, von heute an aber keine Zeitung erscheinen zu lassen. Die Züge nach und aus Rom verkehren nicht mehr. Der Telegraphenverkehr nach Oberitalien ist unterbrochen. Die Faschisten sind somit gewissermaßen blockiert. Ob der Faschistenkongress unter diesen Umständen fortgesetzt wird, ist fraglich. Der Generalstreik soll so lange dauern, bis der Kongress aufgehoben ist.

Kampfanfrage der italienischen Kommunisten gegen Amsterdam.

Verona, 10. November.

Im Anschluß an den Beschluß des Nationalrats des Italienischen Gewerkschaftsbundes, in der Amsterdamer Internationale zu verbleiben, trat die kommunistische Fraktion in Anwesenheit eines Vertreters der K.P. zusammen, um über die künftige Haltung in den Gewerkschaften zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Propagandaauftrag zur Einberufung eines Landeskongresses zu führen. Ferner wurde ein Aufruf an die Arbeiterschaft beschlossen, in dem die Kommunisten erklären, daß sie weiterhin für den Anschluß an Moskau, für die Einheitsfront und die gemeinsame Aktion gegen die Unternehmer kämpfen werde. Gleichzeitig werde der Kampf gegen die jetzige Leitung des Gewerkschaftsbundes eingeleitet. Dieser Kampf werde um so heftiger sein, als die Leiter des Gewerkschaftsbundes mit der K.P. einig seien. Wir nehmen den uns zugeworfenen Fehlschlag auf. Trotz der Drohungen der Leitungen werden wir unsere Taktik fortsetzen.

Irland erweist sich wieder einmal als das Verhängnis des britischen Reiches. Wenn nicht alles täuscht, wird Lloyd George durch die Gefahr des neuen irischen Bürgerkrieges daran gehindert werden, an der Konferenz in Washington teilzunehmen. Herr Harding wird von den Vertretern der europäischen Entente-Staaten nur Herrn Briand in Person begrüßen können, während aus England die kleineren Geister die Reise über den Ozean antreten müssen. Dabei wird die Situation in Washington für die britische Politik so schwierig sein, daß die ganze Gewandtheit und Autorität eines Lloyd George nötig wäre, um auch nur einigermaßen für die englische Bourgeoisie einen Ausweg in Ehren zu öffnen. Die irische Frage ist von erheblicher Bedeutung für das gegenwärtige und künftige Verhältnis Englands zu Amerika. Im letzten Jahrhundert haben Millionen von Irändern, aus ihrer Heimat verdrängt durch den englischen Großgrundbesitz und durch das englische Großkapital, den Weg nach Amerika genommen. Ein sehr erheblicher Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist irischer Abkunft. Nicht nur des Proletariats, sondern auch der amerikanischen Bourgeoisie. Der natürliche wirtschaftliche Gegensatz zwischen England und den Vereinigten Staaten erfährt durch das irische Element mit seinem angeborenen Englandhaß unter Umständen eine besonders gefährliche Verstärkung. Es ist bekannt, daß die irische republikanische Bewegung und damit auch die irische republikanische Armee wesentlich von Amerika aus finanziert worden sind. Wenn Lloyd George seit Wochen am Konferenztisch so gebührend mit den Angehörigen der irischen Republik unterhandelt, so tat er dies nicht am wenigsten aus Rücksicht auf Amerika, auf all die Iren, die drängen in den Vereinigten Staaten in verantwortlichen Stellungen stehen. Das englisch-amerikanische Abkommen, das zurzeit von der britischen Bourgeoisie wenigstens als vorübergehender Ausweg aus ihrer weltpolitischen Bedrängnis betrachtet wird, könnte rascher zustande kommen, wenn gleichzeitig englische Soldaten in Irland Bauernhöfe und Meiereien niederbrennen und irische Frauen niederfallen. Die Irland-Freundschaft ist aber in Amerika nicht nur die Rücksicht auf eins der wichtigsten Elemente, aus denen sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten zusammensetzt, sie ist nicht nur Sentimentalität, sie ist auch die klare Erkenntnis, daß die selbständige Republik Irland weiter nichts wäre als ein Vorposten des amerikanischen Kapitals und Imperialismus in Europa.

Die englische Regierung gegen die Kohlenarbeiter.

London, 9. November.

Amlich wird gemeldet: Lloyd George hat dem Vorkommischausschuß des Bergarbeiterverbandes erklärt, das Kabinett sei der Ansicht, daß es nicht möglich sei, dem Vorschlag der Bergleute zuzustimmen, die Kohlenindustrie durch Gewährung eines Zuschusses von 3 Millionen Pfund Sterling zu unterstützen.

Dieser Beschluß wird zur Folge haben, daß die Löhne der Bergarbeiter auf der ganzen Linie abgebaut werden. Obwohl die Erregung unter den englischen Kohlenarbeitern sehr groß ist, ist ein Kampf gegen den Lohnabbau bei der unentschiedenen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie und bei den schlechten Aussichten eines Kampfes infolge der Wirtschaftskrisis wenig wahrscheinlich.

Erregte Stimmung der Benzarbeiter.

Mannheim, 10. November.

Eine Versammlung der bei Benz u. Co. ausgeperrten Arbeiterschaft nahm scharfe Stellung gegen die Bedingungen der Direktion. Diese forderte außer der Garantie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben auch, daß die an den Ausschreitungen (!) beteiligten Arbeiter nicht wieder eingestellt werden dürften. Der Antrag eines Vertrauensmannes, die Angelegenheit einer Versammlung der Funktionäre aller Mannheimer Betriebe zu unterbreiten, wurde angenommen.

Wachsender Kampfeswillen der Angestellten- und Beamtenchaft.

Am Montag, 31. Oktober 1921 trat die Angestelltenchaft der Rechtsanwalts- und Notariatsbetriebe von Altona (Elbe) zu einer zahlreich besuchten Versammlung zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem in Hamburg bereits erfolgten und durch Urabstimmung von den dortigen Angestellten mit geringer Mehrheit angenommenen Schiedsspruch, der den Angestellten eine etwa 30prozentige Lohnerhöhung auf die der gesonderten 30prozentiger Gehaltserhöhung zubilligte. Die Altonaer Rechtsanwalts- und Notariatsangeestellten schufen nach gründlicher Aussprache einmütig den Hamburger Schiedsspruch, der von den Altonaer Anwälten ebenfalls anerkannt worden war, gegen 1 Stimme und 2 Stimmenthaltungen ab und beschloßen, in neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Sollten die Verhandlungen sich fruchtlos zerschlagen, so sind die Altonaer Angestellten der Rechtsanwalts- und Notariatsbetriebe entschlossen, auch vor dem Äußersten nicht zurückzutreten.

Erhärmliche, unhaltbare Lohnverhältnisse sind es, wenn ein ausgelehneter 23jähriger Rechtsanwalts- und Notariatsangestellter monatlich 70 Mark brutto erhält, abzüglich der Steuern und der Versicherungs- und Invalidenbeiträge; nach dem Hamburger Schiedsspruch soll derselbe Schicksal mit 90 Mark und 100 Mark — monatlich entlohnt werden. Der 23jährige Angestellte soll 1400 Mark erhalten, davon gehen noch die üblichen Abzüge ab!

Im Interesse einer geschlossenen Kampffront der Angestelltenchaft der Rechtsanwalts- und Notariatsbetriebe ist es nur dringend zu wünschen, daß der in Altona erhobene Kampf sich in ganz Deutschland erheben möge, daß auch die lauesten und gleichgültigsten Angestellten sich besser klar bewußt werden, daß auch sie Kämpfer sein müssen, um als Menschen vollkommen zu werden!

Nach heutigen Zeitungsmeldungen beschloß das dänische Rote Kreuz eine Hilfsaktion für die notleidenden Kinder in Rußland, wozu der Staat einen Betrag von 100 000 Kronen bewilligt. Außerdem soll in Danemark eine Sammlung veranstaltet werden. Das Rote Kreuz soll seine Tätigkeit auf der Grundlage der von Frithjof Ranzen gemachten Mitteilungen über die Notlage in Rußland ausüben.

Die Aussperrung bei Benz. Die Bedingungen des Unternehmertums.

Mannheim, 9. November.

Zu einer vom Landeskommissar als Demobilisierungskommissar veranlaßten Beprechung zwischen der Direktion der Benz-Werke und den Arbeitervertretern wurden die Bedingungen erörtert, welche die Firma Benz für die Wiedereinnahme des Betriebes stellt. Die Direktion verlangt Garantien dafür, daß künftig Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrschen und daß die persönliche Freiheit der Betriebsbeamten gewährleistet wird. Sie hält es für unerlässlich, daß diejenigen Arbeiter, welche wiederholt die Ruhe und Ordnung in den Betrieben gefährdet und Anlaß zu Demonstrationen gegeben haben, von der Wiedereinnahme ausgeschlossen werden. Eine heute stattfindende Versammlung der Arbeiter wird zu diesen Bedingungen Stellung nehmen.

Als Antwort auf die von der Belegschaft gestellten Forderungen hat die Firma Benz u. Co. 300 Arbeiter ausgesperrt. Nun verlangt sie als Bedingung der Wiedereinnahme, daß sämtliche Arbeiter, die im Raum ihrer Kollegen gesprochen, die für ihre Mitarbeiter eingetreten sind, entlassen, dem Hunger preisgegeben werden sollen. Ein weiterer Gewaltstreik der Unternehmer in der von ihnen planmäßig geführten Offensive gegen die Arbeiterschaft, die sie zu einem Massenkaufen von niedrigen Werten. Der neue Stimmsturz wirft seine Schatten voraus.

Verhandlungen wegen der Aussperrung bei Benz

M. Mannheim, 9. November.

(Frankfurter Zeitung.) Wegen der Aussperrung bei der Firma Benz haben der Landeskommissar als Demobilisierungskommissar und ein Vertreter des badischen Arbeitsministeriums, die Direktion der Benzwerke sowie Vertreter der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organ-

Berige Aurs der britischen Weltpolitik unmdglich geworden. Mit der Weltkriege, die sie in solchen Dingen auszeichnet, hat die bingende Presse England in den letzten Wochen die Zehnung vorbereitet. Japan, der vielgeliebte Verbundete des letzten Jahres, wurde nun pldtlich dem biederer Bettungsteiler des Mittelstandes als langwieriger Mann vorgestellt. Es wurde dem englischen Publikum die Ueberzeugung eingeblt, da England im Bunde mit Japan nichts zu gewinnen, aber ddr viel zu verlieren habe. Lord Northcliffe, der einflussreiche Mann in England, hat das entscheidende Wort gesprochen. Er fhrte aus, da seiner Meinung nach das englisch-japanische Bndnis seine Existenzberechtigung verloren habe. Eine Abfung der chnischen Frage sei nicht mit Japan, sondern mit Amerika zu suchen. Und wenn es zu einem Konflikt am Stilen Ozean kme, wrde man England auf Seiten der Vereinigten Staaten finden.

Diese Erklrung Lord Northcliffe hat in Washington das allergrste Aufsehen gemacht. Sie ist der wirkliche Auftakt zur internationalen Konferenz. Japan hatte bisher die dionomische und politische Vorherrschaft in weiten Teilen Chinas besessen und im bbrigen Teil des ostasiatischen Riesenreiches angestrebt. Jetzt beteuert sich England zur Politik der „offenen Tr" in China. Die Vorherrschaft des japanischen Kapitals in China soll gebrochen werden und dafr soll China unter internationale Vormundschaft kommen und unter dem Schutz seiner Vormnder wrde, wie die Dinge liegen, der Amerikaner das erste Wort zu sprechen haben. Man hft, da auf der Konferenz in Washington der gemeinsame Druck Amerikas, Englands, Frankreichs und der Dominions die Japaner zum Rckzug zwingen wrd. So wre der neue Weltkrieg vorlufig vermeiden. Man hat auch in England schon an eine Entschdigung fr Japan gedacht und versuchsweise angedeutet, da sich Japan fr den Verlust der Vorherrschaft in China vielleicht in Ostibirien schadlos halten knnte.

Welche Gegenleistung erhft nun aber England von Amerika? England wnscht, da das amerikanische Kapital seine Offensive gegen die englischen Schiffahrtstraen einstellt und auch sonst die Lebensbedingungen der englischen Bourgeoisie mehr achtet als bisher. Vor wenigen Wochen hatte der amerikanische Senat J. B. einen Antrag angenommen, denzufolge bei der Durchfahrt durch den Panamakanal, diese groe Weltverkehrstra, zwar die englischen Schiffe Abgaben zu zahlen haben, die amerikanischen aber nicht. Prsident Harding hat aber erklrt, da dieses Kampfgesetz gegen die englische Schiffahrt nebst einigen hnlichen Maeregeln bis nach der Washingtoner Konferenz zurckgestellt werden soll.

So sind die weitesten Schachermglichkeiten in Washington erffnet. Das Proletariat ist bei all diesen Auseinandersetzungen der Bourgeoisien der leidtragende Teil. Die irische Arbeiterklasse mu einsehen, da auch die kftige Republik der Sinnfeiner fr sie nur ein neuer Kerker wre. Und die Verhdigung der groen Kapitalistenklassen, wie sie in Washington berfcht wird, kann auch nur den Arbeitern Amerikas, Englands und Japans neue Lasten auferlegen. Die internationalen kapitalistischen Konferenzen mssen durch internationale proletarische Taten, unabhngig gemacht werden.

Die Washingtoner Aufteilungs-konferenz.

Die einzelnen imperialistischen Grosmchte befinden nunmehr ihr Programm fr die „Abrstungskonferenz“ von Washington, die in Wirklichkeit eine Konferenz zur Aufteilung Chinas, zur vermehrten Rstung, zum Kampf gegen die Fernstliche Republik und damit gegen Sowjetruand ist.

Wir verffentlichen bereits Briands Programm, das sich in vier Punkten zusammenfassen ltzt:

1. Handelsfreiheit in China.
2. Verminderung der Rstungen zur See.
3. Keine Streichung der deutschen Reparationschuld.
4. Aktionsfreiheit fr Frankreich, Bndnisse mit fremden Mchten zu schlieen.

Die Handelsfreiheit in China entspricht den Wnschen Amerikas, das gegenber der japanischen Vorherrschaft die „offene Tr“ in China will. Die Abrstung zur See ist fr die franzsische Bourgeoisie als Kolonialmacht zweiten Ranges ein billiger Edelmut. Von der Abrstung zu Lande fllt kein Wort. Briand weist darauf hin, da von der Eintreibung der deutschen Reparationszahlungen die Abtragung der franzsischen Schuld an Amerika abhngt — ein Druckmittel, das den amerikanischen Imperialismus zum Entgegenkommen fr Frankreichs militaristische Bestrebungen zwingen mu. Die „Freiheits-Bndnisse“ zu schlieen, ist ein Schlag gegen den Rstlerbund und dessen herrschende Macht: England. So spielt Frankreich geschickt Amerikas Gegenatz mit England fr sich aus, und, obwohl es wirtschaftlich rmer, machtpolitisch schwcher ist als die drei groen Pazifikstaaten, wird es als lachender Vierer eine entscheidende Rolle in Washington spielen. Schon darin liegt das Scheitern der Trume deutscher Utopisten von einer Streichung der Reparationen in Washington begrndet.

Der „Petit Parisien“ berichtet ber die amerikanischen Ziele:

Amerika fordert, da alle geheimen Abmachungen mit China auf der Konferenz erffnet werden.

Die englisch-japanische Allianz mu aufgelst werden.

Man wrde Japan einladen, Blablowka! und Nordschallin sowie die anderen von ihm beherrschten Lnder zu räumen. Was die Abrstung anbetrifft, so wird Amerika fordern, da die englischen und amerikanischen Flotten die gleiche Strke aufweisen.

Amerika wrde seine Schiffbauwerke unter der Bedingung einrichten, da ihm der Bau von 6 Panzertragern zugesprochen werde, um die jetz beherrschende Flotte in der amerikanischen Marine auszugleichen. Amerika wrde darauf bestehen, die Philippinen aber andere Inseln im Stillen Ozean zu beschlgen, wenn auch Japan darauf verzichten wrde, die ihm bewohnten Inseln zu beschlgen. Es gngt sich die Wrkung zu Lande abzumachen in Amerika an, da eine Verminderung der franzsischen Rstungen ohne „Grenzen“ unmdglich ist.

Deshalb ist eine neue Konferenz zu fordern, da die Konferenz eine gemeinsame Erklrung abgeben soll, um Deutschland zu beschuldigen, da es im Falle eines Angriffes (?) gegen Frankreich die ganze zivilisierte Welt gegen sich haben wrde.

Es wird Japan in China eine Einflussphre zugesprochen werden, nndlich in der Sdwestchina und in Ostmongoleien unter der Bedingung, da Japan auf jeden pol-

USPD-Stimmen gegen die Koalition mit der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei des Herrn Stinnes.

Trastlich aber treffend schreibt das unabhngige „Volksrecht“:

„Die „groe Koalition“ ist in Preußen Tatsache geworden, und wird in Reiche nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die schamlose Dirne, die sich Wechselliberalismus nennt, hrt mit den Mannen um Stinnes und ltzt sich mit einigen Ministerposten dafr bezahlt, whrend ihre schwarzen Besten und demokratischen Lanten den verachtlichen Bund segnen. Die rechtssozialistische Koalitionspolitik, die eine fortgesetzte Preisgabe proletarischer Interessen war, steht damit ihrer Verdrter die Krone auf und fhrt zur Schamlosigkeit die freche Lge.“

Die unabhngige „Volkszeitung fr Ostfachsen“ schreibt: „Die Rechtssozialisten stehen den Feind in die Festung ein, sie sind die Schuldigen fr das, was nun geschieht wird. Die Stinnesbillatur mit rechtssozialistischer Verbrderung ist jetzt zur Tatsache geworden. Wie frech das Großkapital unter Stinnes persnlicher Fhrung bereits austrupft, zeigten seine Vertreter am Sonntag in Berlin. So beginnt am dritten Jahrestage der „Revolution“ die ungehemmte Diktatur des Großkapitals ber die deutsche Arbeiterklasse unter geflliger Mitwirkung der Rechtssozialisten. Diese Wendung wird Kmpfe auslsen, die das deutsche Proletariat auf neue erschtttern, aber die ganze Atmosphre klren werden. Diese Einheitsfront des kmpfenden Proletariats wird sich formen — aber gegen die Stinneskoalition.“

ischen Einfluss und jede militrische Besetzung der Rste im eigentlichen China verhindert. Soll die Politik der offenen Tr durchgefhr werden, so mssen die Einflusse ver-schwunden. Es soll ein Konsortium gebildet werden, um den Wiederaufbau Chinas zu frdern.

Der Kampf zwischen Amerika und Japan geht also hauptschlich um die Verteilung der „Einflussphren“ in China. Auch England verlangt seinen Teil bei der Ausraubung der chnischen Bauern und Arbeiter. Wird Japan darin einwilligen, sein bisheriges Monopol mit England und Amerika zu teilen? Jedenfalls wird es Entschdigungen dafr verlangen. Es sucht sie in Sibirien, in der Fernstlichen Republik. Fr diese Zwecke findet der japanische Imperialismus trotz dem Erlasten des Bndnisses die volle Untersttzung Englands.

24. Nov., 8. November. Aus Moskau wird berichtet, da in Wladiwostok ein englischer Truppentransport mit einem aus Offizieren, Soldaten, Kojalen und Matrosen bestehenden Teil des Wrangel-Heeres eingetroffen und von Vertretern der Merkulow-Regierung begrt worden sei. Es waren 500 Militrs und deren Familienangehrige, insgesamt 768 Personen, und zwar zwei Detachments, das erste aus 90 Marine-, 80 Infanterieoffizieren und 100 Matrosen der Kaspiflotte, das zweite aus 30 Offizieren und etwa 200 Uralsoldaten. Es werden noch weitere Transporte erwartet.

Das Borsenspiel mit der Mark.

Die Mark steigt — die Krise bleibt.

An der gestrigen Borse erfolgte fr alle auslndischen Zahlungsmittel ein groer Rckschlag. Der amtliche Schluskurs des Dollars lautete vorgestern auf 310, die Dollarbewise begann gestern morgen mit 290 und ging im Laufe der Vormittagssunden zurck bis auf 260 bis 250. Die letzte Borsennotierung lautete 247.

Zweifellos hat vor allem die Ankunft der Reparationskommission in Berlin ernchternd auf die Borsenspekulation gewirkt. Noch wuhte man in der Borse nicht genau, ob diese Ankunft eine Erleichterung der deutschen Zahlungsbedingungen bedeute, oder aber den Zwang, da die deutsche Regierung schrfere Maeregeln zur Devisenerfassung ergreife. Die Erleichterung wrde einen Teil der finanziellen Last Deutschlands abnehmen und seinen Kredit heben; und das zweite, die schrfere Devisenerfassung, hemmt gleichfalls die Jagd der Spekulanten nach Devisen. Jedenfalls ist der Umschlag an der Borse bewirkt durch Erwartungen, die sich an die Ankunft der Reparationskommission knpfen, nicht aber etwa wie die „Soziale Zeitung“ meint, „unter dem Eindruck des neuen Geistesworts ber den Verkehr mit Devisen“. Die Borse ltzt sich nicht durch Entwirre schreden, am allerwenigsten durch einen Entwurf, der den lcherlich geringen Steueratz von 1 Prozent beim Devisenimport vorsieht. Erst am 17. November wird die Devisenumsatzsteuer in Kraft treten.

Die Berliner Presse und der 9. November.

Die reformistischen Parteien sehen am 9. November vor einem Scheitern. Sie selbst haben alle Funktionen, die sich an die deutsche Revolution knpfen, grundlich zerstirt. Im Ansehung der Stinneskoalition ist es nicht gut, die revolutionre Phrase hochzuhalten.

Im „Sowjet“ bemht sich Otto Braun, derzeit Minister der Stinneskoalition Frankreich die Ertrugenschaften der wechselliberalistischen Novemberpolitik zu preisen. Die Monarchie ist fort. Aber die Regierung der monarchistischen Stinneskoalition ist eine Last. Was hat Otto Braun sonst zu sagen? Die Arbeiterklasse hat keine Macht. Aber wer hat die Macht, die sie am 9. November besa, aus der Hand gegeben? Gebet, sagt Otto Braun. Er spricht von den „Mitteln an der politischen Macht“. Und wieder Gebet und Zwetsch. Das sagt die SPD nach drei Jahren Revolution.

Die „Freiheit“ ist chlicher. Sie schreibt: „Ja, wir haben eine Schlacht verloren, wir haben Niederlage auf Niederlage erlitten und Fehler auf Fehler gehn“. Das ist chlich. Es sind die Fehler, wer hat die Niederlagen verschuldet? Die „Freiheit“ schreibt: „Whrend auf der einen Seite groe Schlachten des Proletariats, erfhrt ber den wirtschaftlichen Niedergang und des rechtswidrigen Ertrben der bürgerlichen Republik, jedes Ma fr politische Realitten verloren und dem Plndem einer Konterrevolution nach russischem Muster nachzugehen, begnadigten sich nicht mher beide Schichten der Arbeiterklasse zu handlangern der Reaktion. Die, ohne es zu wissen selbst zu werden, die kapitalistische Klasse sehr bald wieder in die Macht kommen.“ Wo waren aber die beiden Hupter aus der „Freiheit“, die Leute um Hilferding? Warum haben sie nicht vorher den Herz als Ketter der Revolution ergriffen? Ja, bemht, als die unabhngigen Arbeiter kmpfen, einem Phantom nachzugehen, wie jst die „Freiheit“ geschmackvoll anbrndt, damals haben die Fhrt-

ber Unabhngigen entweder glatt die Politik der SPD. unter-

stht oder sie pendelten hilflos hin und her.

Die „Freiheit“ hat recht, wenn sie ruft: Meine Schuld, meine grste Schuld!

Die bürgerliche Presse aber, die die Machtstellung der Bourgeoisie wieder stark und sicher fhrt, hnt am dritten Jahrestag der Revolution glligen Sohn und bei den den Spott auf die Hupter der sozialdemokratischen Parteien.

Das Stinnesorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, schreibt den neuen Bundesgenossen ins Stammbuch: „Noch die Wahlen zur Nationalversammlung bewiesen, wie stark das Vertrauen war, das weite Kreise der Nation der Sozialdemokratie entgegenbrachten. Und jetzt? In Grund und Boden mlste sie sich schmen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“: „Aber die Novembermanner brauchen natrlich einige Zeit, bis sie begriffen hatten, da sie sich nicht mit ihren Freunden aus der groen Meuterei, sondern gegen diese behaupten muften und dafr die Hilfe auch der „Reaktionre“ recht sein mste.“

So hat der 9. November 1921 den Bankrott jener, die sich als die Firmentrger der Novemberrevolution bezeichneten, gezeigt. Ihr Bankrott ist aber nicht der Bankrott der Revolution, vielmehr die Voraussetzung fr sie.

„Auf dem Fundament der Kaiseridee!“

Eine Rede des neuen Kultusministers Voelck.

Der neue preussische Kultusminister, der Volksparteiler Voelck, hielt am 9. Januar d. J. eine Rede, in der er erklarte:

Der kommende Staat mu sich grnden auf dem festen Fundament der Kaiseridee, die noch immer in den Herzen der Besten unseres Volkes schlumert. Wenn Kultusminister Haenisch aus den Schulbchern alle Zusammenhnge mit der Vergangenheit beseitigen wrde, es wrde ihm nie und nimmer gelingen (stirmlischer Beifall), und wenn er aus den Schulen und aus den Bchern die Bilder der Hohenzollern entfernen ltzt, und in unserm Herzen wrde er nie und nimmer die Erinnerung an die groen Manner dieses Geschlechts heranziehen knnen. Wir blicke n mit Genugtuung nach Bayern, da die Krone berrunden zu haben scheint. Auch Preussens Mission ist fr Deutschland noch nicht zu Ende. Der preussische Geist ist nur vorbergehend durch die Phraze der Revolution berschleien und durch die einseitige Machtpolitik der sozialistischen Regierung zurckgebrngt. Der alte Geist Preussens, der Geist Potsdams mu und wird wiederkommen!

Monarchie und Rahr Bayern — das ist es, wofr die neuen Bundesgenossen der SPD schwrmten.

Freilich, der „Vorwrts“ bemerkt:

Sollte Herr Voelck nicht seit dem 9. Januar grundlich umgelernt haben, wollte er vielmehr versuchen, sein Amt im Geist Potsdams zu verwalten, dann wrde die „groe Koalition“ ha! zu den verunglckten Experimenten der Vergangenheit gehren.

Wir sind der Ansicht, da nicht die Volksparteiler, sondern die sozialdemokratischen Fhrt umgelernt haben.

Kommunistische Bltter bleiben verboten!

Das Verbot nationaler Bltter aufgehoben.

WTB. Berlin, 10. November.

Der fr Zeitungsverbote zustndige Beschwerdeauschu des Reichsrats hat die Beschwerden des Verlags des „Kommunist“ in Stuttgart, der „Roten Fahne“ in Mannheim sowie des „Kommunist“ in Frankfurt a. M. wegen Verbots durch das Wrtembergische Ministerium des Innern verworfen. Dagegen wurde den Beschwerden des Verlags der „Mitteldeutschen Presse und Stafrur Tagesblatt“, der „Deutschen Arbeiterzeitung“ in Stafrur sowie der „Deutschen Einheitsfront“ in Magdeburg wegen Verbots durch den Regierungsprsidenten in Magdeburg und die Polizeiverwaltung in Stafrur stattgegeben und diese Zeitungsverbote aufgehoben.

Der Beschlu des Beschwerdeauschusses des Reichsrats zeigt deutlich, da fr seine Beschlusse einzig und allein das Interesse des Großkapitals entscheidend ist. In der freien demokratischen Republik, der Ebertrepublik, ist es verboten, aber die „Sinnfesterung der Eisenbahn“ zu schreiben. Es gibt keine bessere Kennzeichnung der deutschen Pressefreiheit.

Die Durchbrechung des Achttundentages.

Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Tgntglich wird von dem profitgierigen Kapitalismus das Gesetz ber die Regelung der Arbeitszeit gewerlicher Arbeiter vom 2. November 1918 durchbrochen. Die Groindustriellen pflegen auf die Befehle. Auch in den Reichs- und Staatsbetrieben wird unter billiger Mihschung des oben erwhnten Gesetzes der Achttundentag außer Kraft gesetzt. Die gesamte Hand- und Kopfarbeiterklasse hat ein starkes Interesse daran, da ihr unter allen Umstnden die achttundige Arbeitszeit erhalten bleibt. Aufgabe der Gewerkschaften sowie der Arbeiterparteien wird es sein mssen, schon jetzt mit aller Energie die fortgesetzte Durchbrechung des achttundigen Arbeitstages zu bekmpfen. Unsere Reichstagsfraktion hat folgenden schleunigen Antrag gestellt:

Schleuniger Antrag: Reich und Genossen. Der Reichstag wolle beschliken: Die Reichsregierung zu eruchen, unterzglich folgende Maeregeln zu treffen:

- a) Die gesetzwidrige Umgehung oder Durchbrechung des Gesetzes ber die Regelung der Arbeitszeit gewerlicher Arbeiter vom 2. November und 17. Dezember 1918 durch Reichs-, Staats-, Kommunal- und Privatbetriebe ist sofort zu verhindern und zu bestrafen.
 - b) Die Bestimmungen und Anordnungen der Reichs- und Staatsbehörden, die auf ein Uberschreiten des Achttundentages im Eisenbahn- und Postwesen usw. abzielen, sind unabhngig unter Anruf zu setzen.
 - c) Die auf Befehlen der Privatunternehmer von den Betriebsratsvorsitzenden, Gewerkschaftsreprsenten usw. unter billiger Mihschung der Biffern VI und VII des Gesetzes ber die Regelung der Arbeitszeit fr gewerliche Arbeiter vom 2. November 1918 erteilte Erlaubnisse, den achttundigen Arbeitstag zu berschreiten, ist unabhngig zuzugngig zu machen.
- Berlin, den 7. November 1921.

Schwäche als Prinzip.

Zum Abbruch des Berliner Gastwirtsgehilfenstreiks.

Der Berliner Gastwirtsgehilfenstreik ist beendet. Für Wochen lang haben die Arbeiter ganz Deutschlands auf ihre kämpfenden Berliner Kollegen geschaut. In Wind und Wetter standen die Erwartungen und drohten dem starken Willen der Unternehmern, dem höchsten Bannhaken dieser Schutzbewegungen, die sich ganz als Hüter der Kapitalisteninteressen fühlten. Tragödie die kämpfende Arbeiterfront, noch keine sehr lange gewerkschaftliche Schulung hat, kämpfte sie mit einem Heroismus, mit einer Opferwilligkeit, die ihresgleichen sucht.

Trotzdem wurde der Kampf verloren. Die Gastwirtsangehörigen erlitten eine Niederlage, obwohl hinter ihnen die gesamte Berliner Arbeiterfront stand und bereit war, ihre Mächtmittel im vollen Umfange zur Unterstützung ihrer Kameraden einzusetzen. Wir werden den Nachwehls führen, daß diese Niederlage einzig und allein zu verdanken ist einer gar nicht zu beschreibenden Schwäche, Regungslosigkeit und Willenslosigkeit der zentralen Berliner Gewerkschaftsinstanz: der Berliner Gewerkschaftskommission. Trotz alledem behaupten wir, der Kampf war ein Fortschritt. Nicht, daß wir etwa, wie „Vorwärts“ und „Freiheit“ es nun, nimmeh in die Welt versetzen, was schwarz ist, sei weiß, und die Annahme des Schiedsspruches, der alle Unternehmervorderungen fast restlos erfüllt, sei in Wirklichkeit ein großer Sieg der Angestellten. (Die 4-5000 Maßregelungen, die Befreiung der Betriebsräte, und die Expressionsversuche mancher Unternehmer machen auch schon den „Vorwärts“-Leuten die Augen übergehen). Aber der Kampf der Berliner Gastwirtsgehilfen war ein Fortschritt, weil zum ersten Mal in den Lohnbewegungen der letzten Epoche die Forderung der revolutionären Arbeiter erprobt wurde: Nicht Lokalisierung der Kämpfe, sondern Erweiterung und Vertiefung!

Gegenüber dieser Forderung, die wir seit dem Einsetzen der Leninbewegung immer und immer wieder erhoben haben, glaubte die Gewerkschaftsbürokratie und auch die Zeitungen der sozialdemokratischen Parteien nichts anderes zu tun zu haben, als sie für ein „Negotiationsmanöver“ zu erklären. Es hat sich aber gezeigt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission, die in ihrer Mehrheit durchaus nicht kommunistischfreundlich ist, zu diesem „Negotiationsmanöver“ geneigt hat, um eine schwächere Position der Arbeiterklasse gegenüber einem halbschlägerischen Unternehmertum zu halten. Das Ziel der Berliner Gastwirtsunternehmer: die Zerstörung der Solidarität unter dem Personal, die Vernichtung der Grundlagen für die Organisationsfähigkeit der freien Gewerkschaften und schließlich die Perimeterisierung dieser Organisationen selbst, bedrohte auch die Interessen der übrigen Arbeiter. So groß war die Widerspenstigkeit des Unternehmertums, das von den Schachtmachern der übrigen Insubordinierten unterstützt wurde, daß sie sich weigerten, auch nur Verhandlungen mit den Arbeitervertretern durchzuführen. Woche um Woche verstrich und wir sind der Ueberzeugung, es wären noch viele Wochen verstrichen, ohne daß ein Ergebnis erzielt worden wäre, wenn nicht die Berliner Gewerkschaftskommission den Unternehmern ein Ultimatum gestellt hätte. Entweder Verhandlungen in drei Tagen oder ganz Berlin steht im Generalkrieg.

Mit diesem Beschluß haben die „bewährten“ Berliner Gewerkschaftsführer zum ersten Mal ihre alte Taktik durchbrochen. Und der Erfolg blieb auch nicht aus. Die Unternehmer erklärten sich unter dem Druck dieses Beschlusses zu Verhandlungen bereit. Es wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, das aus je drei Arbeitergebern und drei Arbeitgebervertretern bestand, sowie drei Unparteiischen, zu denen der von Arbeitgeberseite vorgeschlagene Cohen gehörte. Da nur ein solcher Schiedspruch gültig war, der mit zwei Drittel Mehrheit gefaßt wurde, so gab die Stimme des „Arbeitervertreter“ Cohen den Ausschlag. Dieser Sozialdemokrat und organisierte „Metallarbeiter“ hielt es für nötig, gemeinsam mit den anwesenden Unternehmern gegen die Gewerkschaftsvertreter zu stimmen und so kam mit der erforderlichen Mehrheit ein Schiedspruch zustande, der im wesentlichen den Wünschen der Unternehmer nachgab. Nicht nur, daß das Hauptkampfsobjekt, der 10prozentige Bedienungsschlag beibehalten wurde, wenngleich er auch in Zukunft auf das gesamte Bedienungspersonal verteilt werden sollte, so wurden auch den Unternehmern das Recht der Wiedereinstellung nach freiem Ermessen eingeräumt. Wie die Unternehmer davon Gebrauch machen wird, zeigt das Verlangen einiger Gastwirte, die die Wiedereinstellung ihrer Angestellten davon abhängig machen, daß sie von dem freien Verband in die gelbe Organisation über-

Der Dank des unabhängigen Sozialdemokraten Lipinski an den Orgel-Generalkonferenz Reichardt.

Im sozialistischen Sachsen ist der General Reichardt durch den Ministerialrat Adolph ersetzt. Der unabhängige Lipinski nahm das zum Anlaß, um General Reichardt seinen Dank dafür auszudrücken, daß er in vorbildlicher Weise seine militärischen Aufgaben erfüllt habe.

Lipinski hat vor ein paar Wochen im Landtage festgestellt, daß Offiziere der Bayer als Führer in den Internationalen Kampforganisationen tätig waren, daß sie Waffentransporte leisteten usw. Das alles geschah unter dem Kommando des Generals Reichardt, der alle diese Bestrebungen förderte und leitete, der seinerzeit die Eipo durch den Befehl propagierte, im Stahlhelm auszurücken, der bis in die Tage des März zurück sich immer als der ärgste Reaktionsführer gezeigt hat. Diesem selben General Reichardt gegenüber fühlt sich jetzt der unabhängige Minister Lipinski zu Dank verpflichtet.

Wir können uns danach ein Bild darüber machen, wie der Kampf gegen die sächsischen Geheimorganisationen ausgeht wird.

Und weiter ein Bild machen von einem unabhängigen Arbeitervertreter in einer Revisionistischen Regierung. Und was sagen unsere unabhängigen Arbeitkollegen zu ihrem Genossen? Wollen sie ihre Partei immer wieder erniedrigen lassen zur puren für das Bürgertum von solchen Minister-Genossen?

treten. Das seien die Tausende von Maßnahmen, unter denen sich zahlreiche Betriebsräte befinden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission bekam nach diesem Schiedspruch plötzliche Angst vor der eigenen Courage. Um nicht gezwungen zu sein, ihre Generalstreikandrohung in die Wirklichkeit umzusetzen, erklärte sie, daß mit der Fällung dieses Schiedspruches die Ansehnlichkeit erleidet sei, sie hob die Generalstreikandrohung sowie den Befreiungsschutz auf. Es war selbstverständlich, daß damit auch über den Kampf der Gastwirtsgehilfen das Urteil gesprochen war. Schwere Herzen mußten sich die mutigen Kämpfer entschließen, wieder in die Petriebe zurückzuweichen. Es muß ausdauern werden: die Berliner Gewerkschaftskommission hat es nicht verstanden, die günstige Position, die sie durch ihren mutigen Beschluß errungen hatte, auszunutzen. Hätte sie gegenüber dem Schiedspruch dieselbe Haltung eingenommen, wie gegenüber dem Verhalten des Unternehmertums, so wäre unterer Ansicht nach für die Arbeiterfront sehr viel erreicht worden.

Nunmehr muß aus dem Kampf der Berliner Gastwirtsgehilfen die Lehre gezogen werden: Im ganzen Reiche steht die Arbeiterschaft in schwerem Ringen um die Erhaltung ihrer Positionen. Das Lösungswort der Gewerkschaften in allen diesen Kämpfen muß von nun an nicht mehr sein, die Beschränkung der Bewegungen auf ihren Kern, sondern die Drohung an das Unternehmertum, den Kampf auszuweiten zu Vorzeichen großer Arbeitermassen. Wenn das Beispiel des Berliner Gastwirtsgehilfenstreiks das bewirkt, dann wird der Kampf trotz seines unheiligen Ausgangs ein Erfolg der neuen deutschen Arbeiterfront gewesen sein.

Erster Betriebsrätekongreß der Bergarbeiter.

Am zweiten Verhandlungstag spricht als erster der Ingenieur Wost über Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Er glaubt der gegenwärtigen Wirtschaftsanarchie eine Wirtschaftsdemokratie entgegenzusetzen zu können. Mit der Durchführung des Betriebsrätegesetzes könne die letzte Form schon geschaffen werden. Die Unternehmer nähren durch ihre juristischen Berater das Gesetz in ihrem Sinne aus und umgeben alle Bestimmungen, die ihrem Profitinteresse zuwider sind. Er wundert sich, daß bei den heruntergewirtschafteten Bergwerken nicht mehr Unfälle im Bergbau vorkommen und führt dies auf die Mitwirkung der Betriebsräte zurück. Es sei leider wahr, daß jede Lohnbewegung der Bergarbeiter durch eine prozentual größere Preissteigerung der Produkte illusorisch gemacht werde. es sei darauf zurückzuführen, daß die Betriebsräte nicht in der Lage sind, die Kontrolle über die Produktion auszuüben. Die

letzte Kontrolle sei eine Komödie. Wir brauchen ein Gesetz, nach dem jeder kaufmännische Angestellte sich streckenbar macht, der die geistliche Buchführung im Produktionsprozess miteinmacht. Die Unternehmer sind darum in der Lage, das Betriebsrätegesetz zu ihren Gunsten auszunutzen, weil sie den Bergarbeitern in jeder Beziehung überlegen sind. Das „Schwarze Mittelstücken“ hat sich trotz des Betriebsrätegesetzes wieder außerordentlich breitemacht. Die Sozialisierung sei notwendig; sie wird kommen, sie wird aber nur schrittweise vorgenommen werden können und die Betriebsräte müssen die Hauptarbeit dazu leisten; sie können in geschlossener Front mehr vollbringen, als die Sozialisierungskommission in monatelangen Sitzungen.

In der Diskussion will Geiger Werner als Mitglied der Sozialisierungskommission diese in Schutz nehmen und behauptet, daß die Arbeit dieser Kommission immer wieder von gewissen kapitalistischen Elementen verzerrt worden ist. Möglichen Sinnes als Kapitalvertreter und uns als Arbeitervertreter gibt es keine Ueberbrückung der Gegensätze.

Darauf erhebt Wilmann das Wort zu einem Vortrag über das Knappschaffsweilen. Seine ganzen Ausführungen waren eine Entschuldigung für einen Gesekentwurf über das Reichsknappschaffsweilen, der in nächster Zeit herauskommen soll. Nachdem er in ganz unmotivierter Weise gegen „rabiate Schreier“ polemisiert hat, erklärt er, daß der neue Entwurf eben ein Kompromiß sei. Es gehe nicht an, daß die Bergarbeiter beitragsfrei bleiben bei dem Knappschaffsweilen. Wenn die Unternehmer allein Beiträge dafür leisten müßten, würden sie auch allein bestimmen wollen. Wenn wir aus dem Knappschaffsweilen den Nutzen ziehen, dann können wir auch die Beiträge hierfür nicht ablehnen. (Die Bergarbeiter, die durch die Ausbeutung der Kapitalisten Invaliden werden, sollen vorher selbst die Beiträge für ihre spätere Unterstützung zahlen, damit nur dem Unternehmer nichts vom Profit abgeht. D. Red.) In vielen Revieren betrage das Krankengeld immer noch 75 Prozent des Grundlohnes. Dem Antrag, dieses Krankengeld zu erhöhen, setzten sich sozialpolitische „Größen“ (Wehrenz, Becker und Arbeitsminister Braun) entgegen, sie traten für den alten Satz ein.

In der Diskussion spricht Lachmann (Oberhessen) scharf gegen diesen Knappschaffsweilenentwurf. Auf seinen Fall dürfen wir uns mit einem betriebligen Entwurf einberufen erklären. Bei der Pensionierung anderer Arbeiterschichten wird auch nicht gefragt, ob sie so und so viel Beiträge für die Pensionkasse geleistet haben. Die sogenannte Anwartschaftsbedingung muß auf die Kapitalisten abgewälzt werden.

Die übrigen Diskussionsredner äußerten sich in demselben Sinne und Wilmann fand in seinem Schlusswort keine bessere Verteidigung für den Entwurf als die Behauptung, daß das Knappschaffsweilen noch turmhoch über den Pensionstaxatographen der Eisenbahner stehe. Leider fand er sogar Zustimmung unter den Delegierten als er sagte, daß es ihm lieber wäre, wenn die Bergarbeiter die Beiträge zum Reichsknappschaffsweilen alleine tragen würden, dann hätten sie auch allein zu bestimmen.

Sichermann von der Afa hält darauf einen Vortrag über die Verhütung der Schlagwetterexplosionen und die Unschädlichmachung des Kohlenstaubes. Da sich die Erwartungen auf die Verrieselung nicht erfüllt hätten, sei man zu einem neuen Verfahren gekommen: durch Streuen von Steinmehl könne die Explosionsgefahr des Kohlenstaubes vermindert werden. Er ließ sich des längeren über dieses Verfahren aus, von dem er aber abgehen mußte, daß es nicht vollständig ausprobiert sei.

Waldt hat dem entgegen, daß, wenn die Verrieselung richtig durchgeführt würde, sie dem Steinmehlverfahren vorzuziehen sei. Durch das schlechte „Gedinge“, durch das raffinierte Akkordsystem, bei dem der Bergmann genötigt ist, unbedingt eine gewisse Menge Kohle zu fördern, wird aber jede Vorsichtsmaßnahme außer Acht gelassen, weil sie Zeit in Anspruch nimmt und nicht bezahlt wird.

Wilmann von der Afa ist der Ansicht, daß durch das schlechte „Gedinge“ die Sicherheitsmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden dürften. Wenn der Verdienst des Bergarbeiters nicht zum Leben reicht, dann muß eben rücksichtslos im Zusammenarbeiten mit Arbeitern und Angestellten eine bessere Entlohnung durchgesetzt werden. Eine große Gefahr bedeute neuerdings die Einstellung von Einfährig-Freiwilligen und Kellnersöhnen Offizieren, die nach viel zu kurzer und oberflächlicher Ausbildung auf die Bergarbeiter losgelassen werden. Das Kapital versucht durch die Einstellung dieser reaktionären Elemente die Vereinigung der Arbeiter und Angestellten zu verhindern. Dem müssen wir entgegen treten.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein
Nachdruck verboten.

Mizzi und den übrigen Diensthofen wurden die alten Räume belassen, denn diese schienen höchst entsprechend. Einige Zimmer waren noch unbesetzt.

„Es gibt hier noch genug Zimmer“ — sprach Lola — „man kann auch noch andere Leute herbringen.“

Sie verteilte das Palais, als empfände sie als größtes Glück, daß diese armen, abgearbeiteten, ringenden Menschen, ihre Schicksalsgenossen von einst, zu schönen, gesunden Wohnungen gelangen. In Wirklichkeit aber war — darüber hatte sie sich bisher nicht einmal selbst Rechenschaft gegeben — all das, was sie jetzt tat, viel eher etwas anderes, als die Gerührtheit des einsigen Milch-Mädchen; es war dies eine höhnische Freude: aus ihr sprach der Geist vor dem reichen Abel, der ihr nun tatsächlich so erschien, als hätte er auch sie selbst für Geld gekauft.

Nun verursachte es ihr eine nervöse Freude, daß diesem Menschen, der bloß seines Geldes wegen jemand zu sein vermocht, alles sorggenommen werde. Ein grausiges Verlangen suchte in ihr auf, man möge den verabscheuten Mann bis auf die Haut ausziehen, damit sie ihn nachher hoffärtig fortsetzen könne. Daran dachte sie nicht, daß auf diese Art auch sie ihr Vermögen verliere.

„Dies ist das Zimmer des gnädigen Herren“ — hörte sie nun hinter sich von Mizzis Lippen.

Sie mußte, dies sei Abel die liebste Stube, vollgepfropft mit primitiven und schlichten Gegenständen, die nach von seinem Großvater aus dem Dorf stammten, sowie mit verschiedenen Familienbildern. Hier sah sie sich Abel am heimlichsten — eigentlich war dieser Raum allein wirklich der seine.

„Das tut nichts“ — erklärte Lola heftig — „Sie können es trotzdem nehmen, er kann ein kleineres bekommen, auch das wird für ihn gut sein.“

Der Führer fand Lolas Bemerkungen sonderbar, er schüttelte den Kopf und ließ Abels Zimmer unausgerichtet.

„Aber was ist denn dies, zum Teufel noch einmal!“ — empörte er sich bei einer der nächsten Türen.

„Ach, bitte“ — beiläufig Lola aufgeregt — „nehmen Sie mir dieses Zimmer nicht, lassen Sie's mir, nehmen Sie's mir nicht!“

„Da brinnen wohnt ja ein Huhn!“ — entsetzte sich der Führer.

Große Unruhe besaß Lola, sie tructete sich nervös die Finger.

„Ja wohl... ein Huhn“ — ronnwachte sie hastig — „ein Huhn... aber belassen Sie zu wissen, daß ist ein frommes Tier, das arme! Es ist immer so traurig... und muß spazieren gehen.“

„Aber so was!“ — sprach der Führer der Kommission

spöttisch und voll Verachtung — „ein Huhn! Nein, das geht nicht!“

Lola verfluchte es mit Flehen.

Der Mann antwortete roh, hart:

„Das Zimmer ist beschlagnahmt. Und ich bitte Sie, lassen Sie mich mit diesem Wahnsinn im Frieden!“

Lola blieb jedes Wort in der Kehle stecken. Sie taumelte ein wenig und starrte mit erschreckend erweiterten Augen den Arbeiter an. Lautlos, ershend küng sie nach Luft.

Die Kommission entfernte sich.

„Werfen Sie das schäbige Tier hinaus!“ — verfügte glücklich der Schreiber, sich an Mizzi wendend.

Lola hob die Augen zu dem zernünftigen, unraffierten Mann, auf dessen finnickem, hahlem Gesicht die Freude des Quälens ludte. Die Freude über die Verhöhrung dieser unverständlichen Frau. Dieses häßliche Lächeln sah nun, da er den Blick der Frau auf sich fühlte, selge von seinem Gesicht. Sein Mund öffnete sich, der Adamsäpfel der mageren Kehle haßete auf und nieder, und der häßlich ausgetrocknete Schleim blieb ihm in seinem Hals stecken. Dies wahrte einen Augenblick, so bis sich Lola mit tödlichem Hochmut von ihm abwandte. Nun farbte sich das Gesicht des Schreibers glühend rot und er lachte höhnlich aus. In seliger Verzerrung glitten die schlaffen Lippen von seinen kranken gelben Zähnen.

„Ein angefaultes Weib“ — brummte er mit heiserem Gröhlen — „bel Gott, sie ist in ihr nacktschichtiges Huhn verliebt. Pfui!“

Lola taumelte durch die Tür und sank auf ihr Huhn, das piepiend zu ihr gehüpft kam. Bisher hatte ihre Kraft gelangt, die sie mit außerordentlicher Anstrengung alles das zum Neik was geschah. Sie bröchte mit einer heftigen, sinnlosen, hysterischen Gedärde das zuckende kleine Tier an ihre entblößte Brust und begann mit sonderbarem, lautem und kreischendem Wimmern zu weinen. Die sich zerstreuten Arbeiter lächelten erheitert und verständnislos durch die offene Tür. Unwillkürlich schloßen sie lächer auf den Zehenspitzen an der Tür vorbei, wie wenn man an einem bedrückenden Geheimnis vorbeikommt.

Der eine düstere Arbeiter blies nun plötzlch Nehen und hob mit nalerweiser Wichtigkeit die Hand.

„Genossen“, sagte er mit beschreuder Heiterkeit, „her seth ihr's, Wunt und hieraus lernen. Blickt Euch doch un. So lebe die verberbte Bourgeoisie von unserem Pekt. Wälgte sich in diesen Zustelmen, während wir auf Stroh, in Vorkabellern verfaulen und uns in Fabriken zu Krüppeln kramen schusteten. Zur eigenen Lust profitulierte, verfeuchte und verglitzte sie das unschuldige Kind ehrbarer Proletarierfamilien, richtete seinen Körper zugrunde und verfauchte seine Seele. Genossen, nieder mit dieser blutgauerischen Bourgeoisie!“

„Wir werden schon dafür sorgen! Werden sie antworten!“ — erhoben sich einige wenige Stimmen, im allgemeinen aber ernüchterten sich nach der ästhetischen Verlegenheit der Rede zum und mit gesunkenen Haupt. Sie schrien aus dem

Gefahrenen viel mehr und viel Tiefere heraus, als was diese Worte, die sie bereits zum Ueberdruß oft gehört, auszubringen vermochten.

Aus dem Zimmer schluchzte ihnen Lolas ohnmächtiges Getreisch nach. Sie presste das Huhn wie irr an sich, köchelte hin und wieder auf, das Gesicht ins Gefieder des Vogels bohrend.

„Sie wollen dich rauben... die wilden Tiere, die Bestien! Ich laß dich nicht... laß dich nicht!“

Dann fuhr sie empor, häufig schmolend. Warf trotzig den Kopf zurück. War gekränkt, bis ausß Blut beleidigt. Sie stieß flebrig, um ihre Koffer zu holen.

Schleppte selbst die großen Lederkoffer herbei. Begann aufgeregt zu packen. Ihre Augen schrien zornig: nein, keinen Augenblick länger bleibe ich hier! Mit dieser Wunde!

Unterdessen stand Abel, der blutgauerische Bourgeois, der das unschuldige Kind der ehrbaren Familie verweucht, dessen Körper zugrunde gerichtet und dessen Seele verborben hatte, bleifarben, mit fahlem Gesicht — wie ein sich hierher verirrt Schattens — in der Halle des Palais — in einer dunklen Ecke. Sein Eintritt war nicht einmal bemerkt worden. Er war auch sonst stets eine Bitte um Verzeigung gewesen, nun aber war sein Wesen noch unbedeutender geworden, war schier zusammengeschrumpft. Leute waren in sein Haus gedrungen, beschlagnahmten alles, nahmen ihm sein Vermögen weg, er wird vielleicht bettelarm werden, ja, sogar sein Leben ist bedroht, doch interessiert ihn nun all dies nicht. Die Worte der Frau hatten seine Nerven zerfüßt: was die Frau von ihm gesagt hatte, wie sie ihn hier hingestellt, dies ließ ihn plötzlch in sich selbst zusammenbrechen. Es verbreitete sich in ihm eine betrieblige Kraftlosigkeit, daß sein Körper von dem Schmerz fast ermalmt wurde. Ein großes, großes Bedauern mit sich selbst entzürmte ihm: er streckte sich so weich, so zärtlich, so kummersthor, mit so viel Güte, als wäre er ein anderer, ein fremder Mensch, der des Trostes gar sehr bedarf. Und er bebürte wahrlich des Trostes. Dieser arme, hilflose Mensch stand so verlassen da, hatte so wahrlich niemand, daß er sich nun selbst bedauern mußte. Er sprach fognar zu sich selbst, zu dem hermitischen anderen Menschen, setzen Sie, setzen Sie, um ihr Huhn ist die Frau besorgt, aber um Sie kümmerst sie sich nicht einmal. Ihr Zimmer ist ihr nicht wichtig. Sie macht sich bloß barbarer Sorgen, was mit der Stube des Huhnes geschehen werde... Ihr Huhn, jawohl, ist ihr wichtiger... Ein gemeines Weib...!

Seine Mutter fiel ihm ein, die bereits vor langer Zeit geerbene, traurige, sanfte Mutter, die von all diesem großen Reichtum nichts wußte: sie hatte draußen, zurückgezogen, im Kadek gelebt, einfach und leise.

„Weiß quie Seele sie war“ — seufzte Abel — „wie sie mich liebte...“

Er versank in Gedanken. Dachte an die Hand seiner Mutter. Lächelte mit bestigem Verlangen ihr Diebstolen.

(Fortsetzung folgt.)

Die geprellte untere Beamtenchaft.

Nach den Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung über die sogenannte Neuregelung der Besoldungsordnung abgeschlossen, brauste mit vollem Recht ein Sturm der Entrüstung durch die mittlere und untere Beamtenchaft. Die Regierung und sicher auch die Gewerkschaftsvertreter der Spitzenorganisationen hofften durch die eben abgeschlossene Neuregelung Ruhe zu bekommen vor der immer ungeduldiger werdenden unteren und mittleren Beamtenchaft. Die Beamtenchaft hat aber erkannt, daß trotz aller Rechtfertigungen die jetzige Regelung der Besoldungsordnung keine „neue“ bessere, sondern eine alte unzulängliche geblieben ist, und geradezu eine Verhöhnung der unteren Beamtenchaft bedeutet. Neu an der abgeänderten Besoldungsordnung ist nur, daß die Regierung mit einer neuen Methode dasselbe Ziel erreichte, wie bei den früheren Kämpfen der Beamtenchaft um eine bessere ausreichende Existenz, nämlich, daß bei der jetzigen Neuregelung der Gehälter die höheren Beamten, wie auch früher geradezu unerhört hohe Gehälter auf Kosten der unteren und mittleren Beamten beziehen. Darüber täuschen alle möglichen und unmöglichen statistischen Erhebungen nicht hinweg, die in letzter Zeit in überreichlichem Maße aufgestellt worden sind.

Selbst die Tatsache, daß die prozentuale Steigerung der Gehälter der unteren Beamten seit 1914 größer ist, als die der höheren Beamten, beweist nur erstens, daß die Gehälter dieser unteren Beamtenkategorien unter der sogenannten „segnensreichen kaiserlichen Regierung“ ganz hundsbärmlich, geradezu beschämend niedrig waren, zweitens, daß eine noch größere Differenzierung der sogenannten „würdigen“ hohen Beamten, gegenüber den „niedern“ unteren Beamten nicht nur im Dienstverhältnis bestand, sondern noch krasser in der Gehaltsfrage zum Ausdruck kam. Aber die jetzt von den Spitzenorganisationen und Regierung abgeschlossene Neuregelung der Besoldungsordnung beseitigt in keiner Weise auch nur annähernd die absolut ungerechte, unsoziale große Gehaltsdifferenzierung. Die einfache Tatsache, daß die Lebenshaltung der Beamten der unteren Besoldungsgruppen auf Grund der jetzigen Entlohnung im Vergleich mit den oberen Gruppen der höheren Beamten mehr als erbärmlich und trostlos ist, beweist eklatant folgender Vergleich:

Ein verheirateter Beamter mit zwei Kindern (6 bis 14 Jahr) erhält nach dem neuen Besoldungsgezet in Ortsklasse C jährlich einschließlich des Steuerabzuges in

Gruppe	Anfangsgehalt	Höchstgehalt	Steigerung des Gehalts nach dem Stande von 1914
Gruppe II	18930	23040	1340%
VI	24480	30045	745%
XIII	54295	71875	570%

Die Tabelle zeigt, daß, trotzdem in der Gruppe XIII die Steigerung des Gehalts seit 1914 um nur 570 Prozent zu verzeichnen ist, ein Ministerialrat netto 71 875 Mark jährlich bezieht, der Obersekretär in Gruppe VI ein Höchstgehalt von 30 045 Mark und der Maschinenwärter in Gruppe II ein Höchstgehalt von nur 23 040 Mark netto erhält. Noch plastischer wirken die Zahlen, wenn man den jährlichen Mehrbetrag der einzelnen Besoldungsgruppen nach der jetzigen Neuregelung der Besoldungsordnung unter die kritische Lupe nimmt.

Ein kinderloser verheirateter Amtsgehilfe oder Postbeamter der Gruppe II erhält im Endgehalt nach der Neuregelung, sage und schreibe, jährlich eine Zulage von 2898 Mark, das macht im Monat 242,50 Mark. Dagegen erhält ein Ministerialrat oder Oberst der Gruppe XIII pro Jahr durch diese Neuregelung eine Zulage von jährlich 31 370 Mark, das sind 2614 Mark monatlich. Daraus ergibt sich, daß ein Oberst nach der Besoldungsordnung im Monat fast dieselbe Zulage bekommt, die der Postbote für das ganze Jahr erhält. Ein weiterer Vergleich zeigt, daß ein höherer Beamter einschließlich der Zulage für zwei Kinder der Besoldungsgruppe XIII an 3 u l a g e zu seinem an sich fälligen Gehalt im Jahr nach der Neuregelung 32 255 Mark erhält, während ein Beamter der Besoldungsgruppe VI nur ein Gesamtjahresseinkommen von 30 045 Mark bezieht.

Diese wenigen Tatsachen sollten genügen, um zu zeigen, daß die Regierung es meisterhaft verstand, die obersten Stützen des kapitalistischen Staates ausreichend und wohlwollend zu entschonen, dagegen die große Masse der unteren und mittleren Beamten mit lumpigen Nettelohnen abzuspeisen mag. Daß die Spitzenorganisationen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft zu dieser sogenannten Neuregelung der Besoldungsordnung ihre Zustimmung gegeben haben, und dem Kampf für eine wirkliche grundsätzliche Umgestaltung der Besoldungsordnung ausgewichen sind, nur um Ruhe und Frieden mit der Regierung zu halten, ist nicht nur tiefbedauerlich und betrübend, sondern geradezu beschämend für eine Interessenvertretung der Arbeiter-, Angestellten und Beamtenchaft. Aufgabe der Beamtenchaft wird es nunmehr sein, dieser Verhöhnung durch energische Maßnahmen entgegenzutreten. Schon heute muß der Beamtenchaft gesagt werden, daß sie um alles in der Welt keine Hoffnungen auf den Reichstag setzen sollte. Jede geringste Hoffnung auf den Reichstag wäre nach den bisherigen Erfahrungen Selbstverherrlichung der Beamtenchaft. Auch muß gesagt werden, daß die sogenannten inoffiziellen Koalitionsparteien schon drauf und dran waren, mit der Regierung zu verhandeln, daß, wenn das neue Besoldungsgezet dem Reichstag vorgelegt wird, keine Abänderungsanträge dazu gestellt werden sollen. Sorg- und Handlungslos, fühllos gegenüber der Not der Beamtenchaft, die absolut unzulänglichen Vereinbarungen der Gewerkschaften mit der Regierung, ohne ein Wort zu sagen, anzusehen.

Doch durch die immer härter werdende Erregung der Beamtenchaft und den dadurch entstandenen außerparlamentarischen Druck ist eben einigen prominenten Beamtenführern des Reichstages das böse Gewissen zu schlagen. Aus diesem Grunde ist es zu verstehen, daß der Abgeordnete T e l l e r im Reichstag am 1. November 1920 bei der Besprechung mit der Regierung, im Reichstag zu sprechen, erklärte: Aufgabe des Reichstages ist es nun, die bestmögliche Hand anzulegen. Und der Abgeordnete Strickhof im Reichstag vom 7. November schreibt: Beim Reichstag, der letzten Endes über die Gehälter der Beamten entscheidet, liegt es nun, das gefährdete Gleichgewicht der Besoldungsordnung wieder herzustellen.

Das Steuerproblem im Klassenstaat.

Das Grundprinzip, nach welchem die herrschende Klasse die Steuerfrage löst, ist durch La f a l l e klar herausgearbeitet worden: die herrschende Klasse entnimmt die nötigen Güter zur Erhaltung der den staatlichen Machtapparat bildenden Menschengruppe dem Einkommen der unterdrückten Klassen. Im feudalen Staat, wo die Ausbeutung, die Enteignung des Mehrwerts die offene Form der Bezahlung des Zehnten und den Anteil der Abgaben annahm, war die Steuerfreiheit der herrschenden Klasse, des Klerus und des Adels, und die Steuerpflicht der Bauern und Handwerker im Gesebe offen festgelegt. Die Steuerfreiheit des Adels war ein Teil des Staatsredits. Als die Bourgeoisie aus Kuber kam und das Recht mit der Devise der Freiheit und Gleichheit reformierte, als die Mehrwertaneignung die verdeckte Form des Anlaufs der „freien“ Arbeitskraft zu ihrem Werte annahm, da wurde auch die Steuerfreiheit der Herrschenden und die Steuerpflicht der Ausbeuteten verhängt. Die Steuermoral der Bourgeoisie forderte, daß die Steuer „gerecht“ nach der Tragfähigkeit der Bürger, verteilt werde. In der Wirklichkeit aber wurden die Steuern fast ganz auf die arbeitende Klasse abgewälzt.

Wir wollen hier nicht auf die sehr verwickelten Probleme der Besteuerung eingehen. Wir wollen nur den Hauptpunkt hervorheben: Welche Einkommensart belastet eine konkrete Steuer: den Profit, die Rente oder den Arbeitslohn? Anders ausgedrückt: Welche Klasse: die Kapitalisten, die Grundbesitzer, die Bauern oder das Proletariat tragen die Steuern, d. h., wessen Einkommen-Anteil wird endgültig durch die Steuer geschmälert?

Es gibt Ansichten, wonach jede Steuer endgültig vom Proletariat getragen wird. Diese Ansicht halten wir für unrichtig. Auf das Proletariat können Steuern nur auf zweierlei Art und Weise abgewälzt werden:

1. Durch eine Herabsetzung der Gelddöhne.
2. Durch Verteuerung jener Waren, welche in den Konsum der Arbeiter eingehen: Abwälzung in gewöhnlichem Sinne.

Was den ersten Fall anbelangt, so müssen wir sagen: Erlauben es die Verhältnisse, so warten die Kapitalisten nicht darauf, bis eine neue Steuer eingeführt wird; sie setzen die Löhne, und zwar ohne eine derartige „moralische“ Begründung, herab. Waren sie hierzu früher nicht stark genug, so wird ihnen das Proletariat auch jetzt nicht den Gefallen erweisen, die Last der Steuer in Form einer Konterabhebung auf sich zu nehmen. Was die zweite Art, die Überwälzung durch Preis-erhöhung anbelangt, so möchten wir davor warnen, diese Frage in unmarxistisch-mechanischer Weise zu behandeln.

Vor allem muß gefragt werden: Wenn die Kapitalisten die neuen Steuern einfach durch einen Preisaufschlag auf die Waren abwälzen können, wenn der Markt diesen Preis ohne weiteres annimmt, was hat die Kapitalisten davon abgehalten, diese Preis-erhöhung bisher vorzunehmen? Ihr guter Wille? Oder weil sie mit ihrem Profit zufrieden waren? Wir sehen, wir können ohne Heranziehung der marxistischen Preistheorie die Frage der Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit einer Steuer innerhalb des Kapitalismus nicht entscheiden.

Wir wollen vor allem die Verhältnisse in dem von Marx analysierten, auf freier Konkurrenz beruhenden Kapitalismus untersuchen. Der Preis der frei verkehrbaren Güter wird durch das Gesetz bestimmt, daß gleich große Kapitalien gleich große Profite abwerfen müssen (Durchschnittsprofitrate). Wird daher einem Industriezweig eine spezielle Steuer auferlegt, so wird er dieselbe auf die Konsumenten abwälzen, da dieser Betriebszweig sonst mit einer unterdurchschnittlichen Profitrate arbeiten müßte. Die Abwälzung muß — theoretisch — gelingen. Wollen die Konsumenten den höheren Preis nicht bezahlen, so wird ein Teil des in diesem Betriebszweig angelegten Kapitals in andere Betriebszweige abwandern, die Produktion wird kleiner, das Angebot geringer, die Preise steigen, die Steuer wird abgewälzt. Wir sehen, ein ziemlich komplizierter Prozeß.

Wie nun aber, wenn alle Produktionszweige mit einer Steuer belastet werden? Der Ausgleich durch Abwanderung in andere Produktionszweige, wenn die Konsumenten sich weigern, die erhöhten Preise zu zahlen, steht nicht offen! Alle Preise müssen erhöht werden, wenn die Steuer abgewälzt werden soll. Gelting dies, so ist die Steuer abgewälzt. Aber auf wen? Zum großen Teil auf das Proletariat. Der Teil aber, welcher auf jene Güter entfällt, die die Kapitalistenklasse konsumiert, endgültig unproduktiv konsumiert, belastet endgültig die Kapitalisten!

Aber es gibt Waren, deren Preis nicht durch das Gesetz der Durchschnittsprofitrate bestimmt ist: jene Waren, in deren Preis eine Rente (Grundrente, Bergwerksrente usw.) enthalten ist. Der Preis dieser Güter wird durch die Produktionskosten bestimmt, welche unter den schlechtesten Bedingungen (am trübsen) produziert wurde. Die Differenzial-Grundrente ist eben nichts anderes als die Produktionskosten-Differenz des einen am besten Boden produzierten Getreides gegenüber dem auf dem schlechtesten Boden produzierten, dessen Preis den Marktpreis des Getreides überhaupt bestimmt. Es folgt daraus, daß eine Steuer auf die Grundrente durch eine Preis-erhöhung absolut nicht abwälzbar ist, mag sie auch die gesamte Grundrente wegnehmen. Denn der Preis der landwirtschaftlichen Produkte ist ja ohnehin Maximum, d. h. der Preis des auf dem schlechtesten Boden gebildeten Produktes (wenn es zur Versorgung des Marktes nötig ist).

Selbstverständlich ist ferner, daß eine Erbschaftsteuer und überhaupt einmal zu entrichtende Vermögenssteuern auf keinen Fall abgewälzt werden können. Am Leben wird aber nicht in einem auf freier Konkurrenz beruhenden Kapitalismus, sondern im Charakter des Finanzkapitals, der Kartelle und Trusts. Die Preisbildung der meisten industriellen Waren wird hierdurch monopolisiert. Nehmen wir einen extremen Fall. Ein Trust beherrscht die ganze Produktion eines Landes auf einem Gebiete. Die Konkurrenz aus dem Ausland ist verboten. Der Trust ist also durch keine Konkurrenz in der Festsetzung der Preise gebunden! (Wenn wir von der Möglichkeit der Anwanderung von Erzeugnissen absehen.)

Das Gleichgewicht der Besoldungsordnung ist nicht etwa, wie naive Gemüter annehmen könnten, durch die Initiative der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften oder gar der inoffiziellen Koalitionsparteien erschüttert worden. Im Gegenteil. Nur durch den anderen Druck der empörten Beamtenchaft ist die schon beschlossene glatte Erleichterung der Ungleichheiten, aber durch die rapid gestiegene Forderung wieder veraltete Besoldungsordnung aus dem Gleichgewicht gehoben worden. Diese Tatsache sollte der gesamten und mittleren Beamtenchaft Anlaß sein, mehr als bisher Sturm zu laufen gegen diese Mißsicht des Reiches, bevor der Reichstag sein Amen gesprochen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich die Erklärung, die die kommunistische Reichstagsfraktion anläßlich der Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgezet vom 30. April 1920, im Reichstag abgegeben hat, in Erinnerung bringen als Beweis, wie recht wir damals schon mit unseren Forderungen hatten.

Die Fraktion der KPD. Ichte am 16. Dezember 1920 das Besoldungsgezet mit dem Hinweis ab, daß

Wie hoch wird der Trust den Verkaufspreis seiner Waren ansetzen? Setzt er ihn zu hoch an, so wird bei den momentan gegebenen Einkommensverhältnissen der Konsum zurückgehen. Er kann so stark zurückgehen, daß hierdurch der Profit kleiner wird. Er wird den Preis ansetzen, bei welchem der Gesamtprofit der höchste ist. Wird eine neue Steuer auf die Erzeugnisse des Trusts oder auf sein Einkommen eingeführt, kann derselbe den Preis offenbar nicht durch eine einfache Zuzufügung der Steuer bestimmen und die Steuer restlos abwälzen. Durch die Preis-erhöhung wird der Konsum zurückgehen, der Profit kleiner werden. Der Trust wird vielleicht vorziehen, gar nicht den Versuch einer weiteren Preis-erhöhung vorzunehmen, sondern die Steuer einfach als Verminderung seines Kartell-Extra-Profites hinnehmen müssen.

Wir sehen, die Frage der Abwälzbarkeit der Steuern ist viel komplizierter, als sie auf den ersten Blick erscheint, und ist, wie wir wiederholen es, vor allem eine Frage der Klassenmachtverhältnisse. — Ist das Proletariat schwach, so wälzt die herrschende Klasse natürlich alle Steuern, die ganze Last der Erhaltung des Staates auf daselbe ab. Aber dies ist keine Steuerfrage: auch ohne Steuern würde die herrschende Klasse — und hat es immer getan —, wenn sie die Macht hierzu besäße, das Einkommen des Proletariats auf das Minimum beschränken, bei welchem das Proletariat eben noch Arbeit leisten kann, selbst ohne Rücksicht auf die Verelendung der ganzen Klasse.

Wenn wir uns nun prinzipiell auf die gegebene Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellen — womit wir durchaus nicht gesagt haben wollen, daß auf dieser Basis für Deutschland eine Lösung der Finanzkrise möglich ist —, so läßt sich nach dem Grade der Abwälzbarkeit eine ungefähre Stala der Steuern vom Standpunkte des Proletariats bestimmen.

Die wäre ungefähr:

1. Nichtabwälzbare Steuern:
 - a) Verbrauchsteuern mit einmaliger Abstattung,
 - b) Erbschaftsteuern.
2. Steuern, deren Abwälzbarkeit eventuell möglich ist.
 - a) Grund- und Bergwerks-Wertsteuer, evtl. bis zum vollen Jahresbetrag der Rente.
 - b) Luxussteuern, Zölle auf Luxusgegenstände.
3. Steuern, deren Abwälzbarkeit eventuell möglich ist.
 - a) Ertragssteuern,
 - b) Einkommensteuern (mit einem das Einkommen des Proletariats übersteigenden Minimum),
 - c) Körperschaftsteuern,
 - d) Börsen-, Wertpapier- usw. Steuern.
4. Direkte Steuern auf das Lohnseinkommen:
 - a) Einkommensteuern, welche den Arbeitslohn treffen.

Wir betonen nochmals, es handelt sich darum, die Steuern ungefähr danach zu klassifizieren, inwiefern sie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Lohnseinkommen treffen mögen, nicht um eine Feststellung, welche Steuern in der gegenwärtigen konkreten Situation Deutschlands für das Proletariat annehmbar sind oder nicht.

Bevor wir diese theoretischen Ausführungen schließen, müssen wir die Frage aufwerfen, inwiefern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine „energische“ Steuerpolitik ein Weg zum Sozialismus gefunden werden kann. Anders ausgedrückt: Ist es möglich, durch Besteuerung des Mehrwerts eine Klassenverbesserung innerhalb des Kapitalismus durchzuführen, wie es viele glauben?

Auf diese Frage hat K e n n e r in seiner Broschüre ausführlich und richtig geantwortet; wir brauchen bloß die betreffenden Stellen zusammenzufassen. Es ist beklagenswert, daß alle neu zuwachsenden Werte in der heutigen Gesellschaft in die Taschen privater Kapitalisten fließen, aber es ist so. Und also ist jeder Produktionsfortschritt, also die ganze ökonomische Entwicklung, daran gebunden, daß die Kapitalisten Teile ihres Einkommens unverzehrt anhäufen.

Wäre eine direkte Steuer — etwa eine Ertragssteuer auf Fabriken — so exorbitant hoch, daß es den Unternehmern unmöglich wäre, verschleißene Werkzeuge und Maschinen zu ersetzen, so könnten sie — bei aller Vorliebe für direkte Steuern — nicht fortbestehen und die Steuern können nicht bewilligt werden.

Innerhalb der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung darf der Mehrwert nicht einmal zu hoch besteuert werden, ohne ökonomische Katastrophen, ohne das Proletariat selbst durch Lohnbrud und Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen! Es hieße also einer für die Arbeiterchaft gefährlichen Utopie nachzugehen, wollte man so „kurzerhand“ den Mehrwert „hinwegbesteuern“, ohne im übrigen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an den Leib rücken zu wollen.

Die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel durch das bloße Mittel der Steuern — wie es manche Sozialisten erträumen — ist an sich ausgeschlossen. Solange wir nicht direkt verstaatlichen oder vergesellschaften, solange die Betriebe privat sind, haben die Mehrwertsteuern ihre festen Schranken. Es folgt daraus: Wir müssen über die Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinausgehen, wenn wir eine für das Proletariat vorteilhafte Lösung finden wollen!

Wir erklärten weiter: Die Beamtenchaft wird halb erkennen, daß weder das jetzige Besoldungsgezet, noch die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen die Notlage der unteren und mittleren Beamten beheben. Nur der entschiedene Kampf der Beamtenchaft Schulter an Schulter mit der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft gegen den ausbrennenden Staatskapitalismus, der es versteht, den höheren Beamten eine gute Existenz auf Kosten der unteren Beamten zu sichern, wird auch der Beamtenchaft eine menschenwürdige Existenz und Lebensbedingung schaffen.

Die Orgeß in Pommern.

Breslauer Nachrichten.

Der Magistrat und die Angestellten.

Aus den Kreisen der städt. Angestellten geht uns folgender Artikel zu:

„Auf, zum Protest! Es geht um unser aller Wohl und Wehe!“, so riefen die Kapitalisten und ihre Zubehörer, als es galt, gegen das „Genser Diktat“ zu demonstrieren.

Der Magistrat, der besonders für die Arbeiter und Angestellten ein Herz hat, bewilligte allergnädigst einen zweifelhafte Urlaub, auf daß sich Arbeiter, Angestellte und Beamte gemeinsam an dem Spaziergang nach dem Schloßplatz beteiligten, was zweifelsohne für die väterliche Sorge um das Wohlergehen der Angestellten zeugt.

Trotzdem gibt es Dinge, die Zweifel an der Ehrlichkeit dieser Sorgen des Magistrats aufkommen lassen.

Es wäre höchstwillige Verleugnung des guten Willens, wenn man in dem erwähnten Urlaub lediglich eine Vertretung kapitalistischer Interessen des Magistrats und nicht auch eine Wohltat für die ausgehungerten Proleten, zu denen trotz Stehfragen, Lachhühnen, seidenen Strümpfen und Silberhandtäschchen auch die Magistratsangestellten beiderlei Geschlechts zählen, erblicken wollte. Aber — und es ist leider so — in Geldfragen hört im allgemeinen, und ganz besonders beim Magistrat die Gemütslichkeit und damit auch jegliches Wohlwollen auf.

Trotz der ungeheueren Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, trotz der Vereicherung des Stabsäckels durch Erhöhung der Straßenbahn- und Gaspreise, hält es der Magistrat mit dem väterlichen Wohlwollen vereinbar, seinen Arbeitern und Angestellten, den in einer Stunde liebevoller Anwandlung bewilligten Vorschuß von 300 bzw. 500 Mark in monatlichen Raten von 65 Mark vom Gehalt abzuziehen. Eine Stundung der Rückzahlung ist trotz der Verteuerung und der überaus schlechten Lage nicht möglich, weil, wie der Betriebsrat meint, die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen nicht von dem augenblicklichen Stand der schwebenden Tarifverhandlungen abhängig gemacht werden kann.

Das heißt mit dürren Worten: Lebt zunächst alle von der Hoffnung auf eine Erhöhung der Gehälter. — Wie steht es aber mit den schwebenden Tarifverhandlungen? Vorläufig wissen alle Angestellten nur das eine positiv, daß sie schon Monate schweben. Und weshalb? Weil es nach Ansicht des Magistrats zum Wohle der Angestellten ist, wenn alle gerechtfertigten Forderungen der Gewerkschaften von Tag zu Tag, von Monat zu Monat vertagt werden. Wahrscheinlich macht sich der Einfluß des gerissenen Schießers in Lohnfragen, des Herrn Direktors Eichberg, auch beim Magistrat geltend.

Die Angestellten des Magistrats, die dank der Ausbeuterpolitik und Verschleppungstatistik des Magistrats immer mehr und mehr verelenden, verlieren jede Möglichkeit, sich vor Eintreten des Winters irgendwelche Anschaffungen zu machen, da es ihnen an den erforderlichen Geldmitteln mangelt. Ein „einstufiger“ Tarifabschluß im neuen Jahr dürfte angesichts der hohen Verteuerung illusorisch sein. Mächtig sie sich alle damit trösten, daß nach Meinung des Herrn Magistratsrats Dr. Weik, die Angestellten bisher lebten und auch in Zukunft leben werden.

Dies können sie aber nur dann, wenn sie die Gewerkschaften zu einer „Arbeiter- und Angestellten-Politik“ zwingen, wenn sie sich samt und sonders auf den Boden des Klassenkampfes — nicht der Arbeitsgemeinschaften — stellen.

Revolutionstäter.

Die SPD-Ortsgruppe Breslau veranstaltete am 7. November, dem Gedenktag der siegreichen russischen Revolution, in den Zentral-Balkalen eine würdige, erste Feiern. Die Festrede hielt Genosse Klein. Er schilderte die Lage Sowjet-Russlands, wies darauf hin, daß das proletarische Rußland uns schon so unendlich viel gegeben hat, daß die Proletarier Westeuropas und Amerikas aber bis jetzt nichts als Gegengabe gebracht haben. Die beste Unterstützung des ersten proletarischen Staates ist die Bekämpfung und Beseitigung des kapitalistischen Staatwesens.

Ein Genosse rezitierte einige Freiheitgedichte, den Gruß an Sowjet-Rußland von Max Becher, Erinnerung an Karl Liebknecht und andere.

Eingerafft wurden die Vorträge von Gesangsdarbietungen des Arbeitergesangsvereins „Wassilawia“. Die Arbeiterlieder brachten eine Anzahl der Feiern entprechende Lieder töniglich zu Gehör.

Unter dem allgemeinen Gesang der Internationale ging die gutbesuchte Versammlung auseinander.

Hilfekommissare im Versorgungswesen

oder: Wie man den Kriegssopfern nicht helfen kann.

Um die Wünsche und Bedürfnisse der Praxis auf dem Gebiete des Versorgungswesens kennen zu lernen, war das Reichsarbeitsministerium bisher, abgesehen von den wenigen Fällen mündlicher Berichterstattung und gelegentlich auf Dienstreisen einzelner Beamter gewonnenen Erfahrungen auf den Schriftverkehr angewiesen. Den ersten Schritt, um zu einer persönlichen Führungnahme mit den nachgeordneten Behörden zu gelangen, bildete die Einführung regelmäßiger Besprechungen mit den Leitern sämtlicher Hauptversorgungsämter des Reichs in Berlin. In einem neuen Erlaß geht das Reichsarbeitsministerium nun noch einen Schritt weiter. Es sind eine Reihe von „Hilfekommissaren“ bestellt worden, die die Versorgungsbehörden an ihrem Orte aufsuchen. Durch vertrauensvolle, offene Aussprache mit den zur Entsendung bestimmten Kommissaren soll erreicht werden, Erfahrungen und Beobachtungen der Gesamtheit nutzbar zu machen, Anregungen und Wünsche entgegen zu nehmen, Unstimmigkeiten aller Art vorzubeugen oder sie rechtzeitig abzustellen. Vorher angelegte oder unermutete Ueberprüfungen sollen dem Ministerium einen umfassenden Einblick in die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Stellen gewähren, der es er-

Der unabhängige sächsische Innenminister hat sich endlich einmal ausgesprochen und einige Hausdurchsuchungen in Orgeßbüros in Sachsen veranlaßt. Es wurde erdrückendes Material für das Bestehen einer reaktionären Geheimorganisation gefunden. Lipinski wagte nicht, alles Material der Öffentlichkeit zu übergeben, noch immer werden wichtige Dokumente der Öffentlichkeit vorenthalten. Sie würden den klaren Beweis liefern, daß es nicht nur eine Orgeß Sachsen gibt, sondern daß tatsächlich die Orgeß im ganzen Reich militärisch aufgebaut und gut bewaffnete Organisationen hat.

Wir wollen nicht, daß die Arbeiterschaft darüber im unklaren bleibt, welche Gefahr ihr von diesen reaktionären Bänden droht. Wir Kommunisten wollen nicht, daß man Blindeluh mit der Orgeß spielt. Die Arbeiter sollen wissen, daß nicht nur in Sachsen, sondern überall, in jedem Staat, in jeder Provinz, in jedem Kreis die Orgeß ihre Verbände hat.

Pommern ist eines der stärksten Bollwerke der Reaktion. Wie steht es in Pommern?

Bekannterweise besteht die Orgeß in jeder Provinz aus einem Kartell von nationalistischen alldeutschen Verbänden. In Pommern baut sich die Organisation der Orgeß auf aus dem Pommerschen Landbund und der „Nationalen Arbeitsvereinigung“ Stettin.

Der Pommersche Landbund ist die Vereinigung aller Agrarier und Großgrundbesitzer Pommerns. Daneben findet man allerdings auch Arbeitergruppen. Aber auf die Haltung und die gesamte Tätigkeit des Landbundes haben diese Gruppen keinen Einfluß. Überall hat der Pommersche Landbund seine Ortsgruppen. Durch ihn geht die Vermittlung und Verteilung von Flurschülern, Balktürnen und Waffen auf die einzelnen Güter. Eine Menge Provinzzeitungen stehen ihm zur Verfügung, die die arbeitende Klasse auf dem Lande bummeln machen sollen. Der Pommersche Landbund steht in Verbindung mit den Behörden. Tatsächlich hat er die Regierung in Pommern vollkommen in den Händen. Auf seine Anforderung hin erscheinen Reichswehr, Schupo und Streifbrechergruppen auf den Gütern, um nach dem „Rechten“ zu sehen, d. h. dafür zu sorgen, daß die arbeitenden, schwer arbeitenden Landarbeiter immer mehr ausgebeutet werden. Er leitet den Nachrichtenendienst gegen die bösen Kommunisten, und die Stettiner Polizeibehörden erhalten Häffel von ihren Vorgesetzten, wenn sie nicht das selbe Material und dieselben Kenntnisse ebenso schnell und vollständig haben, wie der mit Spitzeln und Provokatoren arbeitende Pommersche Landbund.

Die „Nationale Arbeitsgemeinschaft“ Stettin hat ihr Büro in der Pestalozzistr. 47, Fernruf 3868. Von hier aus gehen alle Fäden zu den verschiedenen Verbänden. Der Arbeitsgemeinschaft sind folgende Verbände angeschlossen: Alldeutscher Verband, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Deutscher Herold, Deutschnationaler Jugendbund, Deutschvölkischer Schupo- und Truppbund, Deutscher Offiziersbund, Nationalverband deutscher Offiziere, Kreisriegerverband Stettin-Randow, Jungkurm, Wehrverein, Deutscher Offbund, Bund der Ausrechten, Bund Heimatschutz, Verband ehemaliger Kadetten. Welcher Arbeiter kennt diese Vereine nicht schon? Ueber die Natur dieser „Nationalen Arbeitsgemeinschaft“ Stettin braucht man nicht mehr zu sprechen. Das ist das Orgeßkartell in Pommern.

Um ihre Politik durchzusetzen, unterhält dieses Ortskartell, das geleitet wird durch die Herren Mittelmann, Büchmann, Parbaß, Martin und Weiser (alle wohnhaft in Stettin), folgende Zentralbüros in Stettin:

Das militärische Büro der Orgeß, der Generalstab, die Werkzeuge, Waffen- und Materialbeschaffungsbteilung arbeitet unter der Firma Haubert, Bodenzul u. Co. in Stettin, Augustastr. 44. Die Leitung hat der Hauptmann Viese. Ihm ist unterstellt der Leutnant Krüger, Stettin, Bollwerk 22, der nebenbei auch Leiter des Stahlhelms von Pommern ist. Im Keller des Büros, Augustastr. 44, befinden sich auch Waffen.

Die Spitzel- und Nachrichtenzentrale von Pommern befindet sich in Stettin, Elisabethstr. 19. Nachrichtenleiter der pommerschen Orgeß ist Herr Bonneilich, Stettin, Kaiser-Wilhelm-Str. 74. Mit ihm arbeitet zusammen Herr Ved, der bei Hagedorn in der Falkenwälder Str. 21 wohnt. (Sollte das eventuell derselbe Herr Ved sein, der im Frühjahr bei der Orgeß in Halle angetroffen war, dort Lindenstr. 7 wohnte und sich dort von den Weishaarbüscheln unter Vorkaufsnummern falscher Tatsachen eine größere Summe erschwand, um sich damit zu verdrücken!) Herr Ved steht in enger Verbindung mit den Offizieren der Reichswehr, und bei ihren Zusammenkünften ist regelmäßig auch Herr Ved zu finden.

Diese Nachrichtenstelle und Spitzelzentrale arbeitet mit den verschleppenden „Privatdetektivinstituten“ zusammen. Dazu gehört neben anderen die Detektive Ouloss, Stettin, Kronenbühlstr. 19. Zweigbüros dieser Gesellschaft befinden im Rheinland und in Breslau. Aus Breslau hörte die Arbeiterschaft schon näheres über den dortigen Leiter Pfeil, der Offiziere als Spitzel in die Betriebe schickte. Die Detektive Ouloss in Stettin hat überall ihre Spitzel, die die Arbeiter haben, die Summe im Polke zu erfinden und festzuhalten, wie die verschleppenden Gesellschaften sich bei einem „offensiven Vorgehen“ der Reichsbeteiligten verhalten würden. Ein anderes derartiges Spitzelbüro ist die Norddeutsche Auskunftsstelle in Stettin, König-Albert-Str. 4, deren Leiter ein Herr Kuzmann und deren Inhaber ein Herr Großkreuz ist. Großkreuz ist früherer Kriminalkommissar und hat vom Landbund Auftrag, Spitzel in die Arbeiterorganisationen zu entsenden. Unter anderem hat er auf der Vulkanwerk in Auftrag der dortigen Direktion Detektive angestellt, die ihn über jede Arbeiterversammlung Bericht erstatten. Von Versammlungen, die des Abends stattgefunden haben, hat die Direktion oft des Morgens schon Berichte, die sie manchmal in guter Laune den Betriebsräten vorlegt.

Welche Gelber und welche Möglichkeiten diesen Spitzelbüros zur Verfügung stehen müssen, erkennt man aus folgendem Beispiel: Willi Brode, früherer Schupowachmeister in Merseburg, hat während der Märzaktion in Mitteldeutschland unsere Genossen bespitzelt. Er hat Genossen vor die Gewehre, er hat diese Genossen hinter Schloß und Riegel gebracht. Auch hat er sich unter die Genossen gemischt, die vom Kreuzweg gelang abtransportiert wurden, um sie hier zu belauschen. Dieser Willi Brode hält sich zur Zeit in Mittelhagen auf Kügen bei seinen Schwiegereltern Leibeck auf. Er erzählt jedem, der es wissen will, daß er 7000 M. durch „Spekulation“ gewonnen hätte, und daß er demnächst eine Stellung bei der Eisenbahn erhalten werde. (Auch durch „Spekulation“ wahrscheinlich.)

Das Pressebüro, das die Hirne der Arbeiter benebelt soll, das alle Zeitungen der Reichs in Pommern registriert, das all die feinen Fäden zieht und bald hier bald da eine Verleumdung, einen Sekartikel, ein Dementi, eine lächerliche Geschichte von Kaiser Wilhelm und der alten, guten Zeit austauschen läßt, sucht unter der Leitung des Pressechefs des Pommerschen Landbundes und der Orgeß, Herrn Leutnant Penkowski, Stettin, Grüne Schanze 3.

Aber das sind nur die Büros der Provinzzentrale. Die

eigentliche Arbeit für die militärische Anwerbung, Organisation, Ausrichtung und Verteilung liegt in den Händen der einzelnen Vereine und Arbeitsgemeinschaften. Das ganze Land ist in Gauen und Kreise geteilt. In jedem Gauvorort ist ein Stab, der sich zusammensetzt aus dem militärischen Führer oder dem „Gaulenker“, dem politischen beigeordneten oder dem „Gaubereiter“, dem Waffenmeister und dem Schatzmeister. Jedem solchen Gau sind Kreise unterstellt, in denen ein ähnlicher Stab besteht.

Sämtliche Arbeitsgemeinschaften sind wie Truppenteile organisiert. Es bestehen die Abteilungen, die den Bataillonen, die Gruppen, die den Kompagnien, und die Trupps, die den Zügen entsprechen.

In Hinterpommern arbeitet in erster Linie die Arbeitsgemeinschaft Müller. Ihr Führer ist der Leutnant Müller. Außerdem die Arbeitsgemeinschaft Alamanos. Bei ihr wie auch bei der anderen hat Graf von der Goltz seine leitende Hand maßgebend mit im Spiele. In Vorpommern arbeitet die Arbeitsgemeinschaft Korbach. Deren Hauptgebiet liegt jedoch in Mecklenburg. Besonders stark sind natürlich die Formationen an der polnischen Grenze.

Die Arbeitsgemeinschaften werden überall im ganzen Reich Arbeitslose an. Bei Einstellung werden als Bedingung gestellt: der Betreffende muß gebildet haben, möglichst am W.G. ausgebildet und deutschnationaler Gesinnung sein. Diese Bedingungen nimmt z. B. vor Leutnant Korbach in Wannsee, Otto-Erich-Str. 10, der Verband nationalgestimmter Soldaten in Potsdam, ein gewisser Hesse in Pasewalk, Kaptenstr. 3, Hauptmann Auerbach in Stettin, Kaiser-Wilhelmplatz 97, und noch an hundert anderen Stellen sucht die Orgeß ihre Formationen aufzufüllen. Die Eingestellten werden dann weitergeleitet an das Hauptdurchgangslokal Westphal, Stettin, Paradeplatz, Ecke Rosengarten. Und von dort aus sorgt der schon erwähnte Hauptmann Hesse für die weitere Verteilung an die einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Während des Krieges in Oberschlesien wurden sie gleich nach Glogau mit einem Freibillett weitergeschickt, wo sie sofort in den Selbstschutz eingereiht wurden. Jetzt werden sie auf die pommerschen Rittergüter verteilt bzw. in der landwirtschaftlichen Industrie beschäftigt, solange, bis sie für „andere Zwecke“ mobilisiert werden.

Grundgesetz ist, daß alle angeworbenen Leute immer fest in der Hand ihrer Offiziere bleiben. Zu diesem Zweck besteht die schon vorher erwähnte Einteilung in Abteilungen, Gruppen und Trupps. Um zu zeigen wie eine derartige Abteilung aufgebaut ist, schildern wir den Aufbau der Abteilung Greisenhagen. Militärischer Leiter der Abteilung ist der Hauptmann v. Bodungen. Ihm ist unterstellt der Oberleutnant (Patent) von S. M. General Graf v. d. Goltz Knut Sigismund Haspis.

Ihm ist untergeordnet als Gruppenleiter — alle Gruppenleiter sind bereit — unter anderem Leutnant Valme auf dem Rittergut des Grafen Königsmark in Radem, Kreis Raugard. Dessen unterstehen wieder die Trupps auf folgenden Gütern des Kreises Raugard: Massow, Sophienhof, Anlethof, Al. Radow, Gutendorf bei Walsleben, Volgitzhagen, Zimmerhausen, Schmelldorf, Carolinhof, Al-Babusch mit den Truppführern Joes, Lipinski, Helmuth, Joseph Ritter usw. In ähnlicher Weise ist die Orgeß in ganz Pommern organisiert. Gut für Gut, Dorf für Dorf hat seine Trupps, hat seine Kriegervereine.

Und neben diesen Kriegervereinen, Stahlhelmsortgruppen hat der Pommersche Landbund noch die Ortsgruppen der Technische Notdienste für seine Zwecke organisiert. Sie sind bewaffnet. Der Ausweis der Technischen Notdienste berechtigt zum Tragen von Waffen, gilt als Waffenchein.

Alle diese Orgeßorganisationen sind bewaffnet. Wir könnten auch hierüber Haufen von Material hebringen. Aber wir denken nicht daran, bevor die Arbeiterschaft nicht ihre eigenen Kommissare bei den Untersuchungen dabei hat. Wir verlassen uns nicht auf die staatlichen Behörden. Besonders, da wir wissen, daß auf eine derartige Anzeige über Waffenfunde aus der Gegend von Straßburg der Entwaffnungskommissar Peters hat antworten lassen „er wünsche die Beschlagnahme der Waffen nicht“. Auch dafür ließen sich Zeugen beibringen.

Auf den Gütern, in den Scheunen, unter den Fußböden, unter der Erde, in Misthaufen, im Heu und im Strohsack versteckt lagern in Pommern Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände für annähernd zwei Armeekorps. Revolver, Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer, Geschütze, Flugzeuge, Uniformen, Munition aller Arten und Sorten, Handgranaten, Trainwagen findet man auf jedem größeren und kleineren Gut. Sie werden gehortet und gehortet. Sie sind geschmiert und geölt, so daß sie jederzeit gebrauchsfähig zur Hand sind.

Dort oben in Pommern steht eine gut ausgerüstete, zahlreiche weiße Armee — die Orgeß gibt selbst ihre Kampfmittel für den ersten Augenblick schon zu 500 Mann an. An Reservisten, Stammbildungen ist mit weit mehr zu rechnen. So steht es in Posen. Und ebenso steht es in Ostpreußen, in Schlesien, in Mitteldeutschland, in Sachsen, in Westfalen, in Mecklenburg, in Hessen, in Südtirol und Bayern. So steht es im ganzen deutschen Reich.

Die Orgeß, das ist die bewaffnete Macht der Reaktion, die ganz genau weiß, daß man mit dem Gewehr in der Faust kämpfen muß, wenn man seinen Willen im Staat durchsetzen will. Die Konterrevolution denkt niemals daran, sich der Mehrheit des Volkes gutwillig zu fügen. Sie gibt den Tuschel was auf Demokratie und Vertrauenssystem im Parlament. Das „Heimatländ“, die Zeitung der früher offiziellen bayerischen Einwohnerversammlung schrieb ganz offen:

„Was schert uns . . . in aller Welt die Frage, ob Krebs Politik die Mehrheit eines ständigen Landtagsausschusses findet oder nicht? . . . Und wenn man das nicht begreifen will, dann werden wir das so deutlich und so offen sagen (d. Red.) müssen, bis dem Landtag vor seinem eigenen Wehrheitsbeschluß Angst wird. . . Wir wollen, daß Persönlichkeiten regieren, unbeschwert durch Rücksichten auf die verschiedenen Wünsche wechselnder Parlamentsmehrheiten und umgeben durch Bedenken verfassungs- und geschäftsordnungsmäßiger Natur.“

Das ist die Konterrevolution nackt, aller ihrer Redensarten barm.

Orgeß, Oberland, Korbach oder der proletarische Selbstschutz: Diktatur der Ausbeuter, Tod den Arbeitern oder Diktatur der Arbeiterklasse. Tod den Ausbeutern — darum geht es. Hat die Arbeiterklasse die Forderungen, die sie nach der Ermordung Ersbergers aufstellte, vergessen?

Sie heißen:
Auflösung und Entwaffnung aller Orgeßverbände!
Bildung eines proletarischen Selbstschutzes aus den Arbeitern aller Parteien!

möglichst, auf einen gleichmäßigen Fortschritt der Gesamtarbeit hinzuwirken und ein Zurückbleiben einzelner Stellen zu verhindern.

Da es sich bei den Versorgungsbehörden um verhältnismäßig junge Dienststellen handelt, denen die Durchführung der neuen Versorgungsgegebung obliegt, wird diese Maßnahme als durchaus zweckmäßig begrüßt werden können.

Ob das Experiment der Reisekommissionen angetan ist, die schweren Missetaten zu beiseitigen und den langsamen bürokratischen Geschäftsbetrieb der Versorgungsämter zu beschleunigen, bezweifeln wir.

Von der Umrechnung der Rente nach der Verordnung vom 1. April 1920, sind heute, 1 1/2 Jahr später, noch nicht ein Zehntel umgerechnet. Die Kriegsverletzten und Invaliden müssen sich mit einer demütigenden Vorschubwirtschaft zufrieden geben. Bei Vorschubgewährung auf die erhöhte Rente, die den Kriegssopfern gesetzlich zusteht, wird die Bedürftigkeit geprüft. Wenn nun einer, der dem „Vaterlande“ keine Knochen geopfert hat, nicht wenigstens 1 Jahr arbeitslos ist, wenn er nicht Möbel und Kleider verpfändet hat, wird ihm selten ein Vorschub gewährt.

Die alte Rente war schlecht. Das neue Verfahren degradiert die Rente als ein Almosen. Beseidend ist, daß besonders die unteren Organe, die über Bedürftigkeit usw. klagen, zum großen Teil Mitglieder des „neutralen“, den freien Gewerkschaften zuneigenden Reichsbundes sind.

Die miserablen Renten, die Nichtachtung der Forderungen der Kriegssopfer durch das Reich und die Behörden, resultieren letzten Endes aus der großen Selbstkalamität des Reiches. Die Regierung und die kapitalistische Gesellschaft, die nicht einmal den gesunden, arbeitsfähigen Staatsbürgern die Existenz ermöglicht, hat noch viel weniger, hat Bettelpfennige übrig für die, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte sind. Die Drohen, die Schieber, die Börsejobber und Kapitalisten verpraßen Millionen, die Kriegssopfer verhungern.

Es ist an der Zeit, daß die Kriegssopfer einsehen, daß nur, wenn mit den Mitteln des Klassenkampfes die kapitalistische Gesellschaft gestürzt ist, für sie die Möglichkeit besteht, zu leben.

Breslauer Indersziffern.

Vom Breslauer Lohnamt wird uns geschrieben:

Die Ausgaben für die Lebenshaltung stiegen in der Zeit vom 16. September bis zum 15. Oktober 1921 gegenüber denen des Vormonats (16. August bis 15. September) beispielsweise bei einer fünfköpfigen Familie um 8,27 Prozent. Auf Grund der danach und der entsprechenden Preisbewegung bei den übrigen Familienarten durch das Lohnamt errechneten Indersziffern stellte die Arbeitsgemeinschaft Breslauer Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlanteile folgende Indersziffern für die Zahlung der Teuerungszulagen im November fest:

für eine Familie von:		Personen		für Ledige	
5	4	3	2	1	0
322	298	286	246		240
im Vormonat lauteten die Indersziffern:					
297	276	267	228		223
die Steigerung beträgt also:					
25	22	21	18	Punkte	17

Für einzelnen sind die Ausgabegruppen gestiegen bei:
Lebensmitteln um 5,77%
Kleidung, Schuhe und Haushaltsgegenständen um 12,08%
den anderen Ausgaben um 10,36%

Hieraus erweist sich wieder, wie wichtig es für richtige Feststellung von Indersziffern für die gesamten Lebenshaltungskosten ist, wenn die Preise von typischen Vertretern familiärer gebräuchlicher Haushaltsausgaben im richtigen Verhältnis zueinander gemessen werden. Nach der Methode der Reichsteuerungstatistik, die sich ganz überwiegend auf die Preise der Lebensmittel stützt, wäre die Steigerung der Indersziffern geringer ausgefallen (bei der fünfköpfigen Familie nur ungefähr 17 Punkte Steigerung). Infolgedessen bildeten sich bei der Fälle von Veröffentlichungen über die Reichsteuerungstatistik ganz falsche Ansichten über den Grad und den Verlauf der Teuerung, die um so gefährlicher werden, als die Reichsteuerungstatistik sehr häufig als Statistikk der Lebenshaltungskosten bezeichnet wird. Dabei ist sie doch im besten Falle, nachdem in letzter Zeit mehrere Grundfehler beseitigt sind, eine Statistik der Lebensmittelpreise eines Haushalts, denen wenige andere Ausgaben für Miete, Heizung und Beleuchtung — teilweise in zu geringem Maße — hinzugefügt sind.

Die Statistiken des Breslauer Lohnamtes sind genau wie die des Reiches gemacht im Interesse der kapitalistischen Gesellschaft. Beim Breslauer Lohnamt kommt noch hinzu, daß die Arbeiter jeweils erst 4 Wochen später in den Genuss der auf Grund der Indersziffern errechneten Teuerungszulage kommen. Wenn in der obigen Statistik gesagt wird, daß die Lebensmittel um 5,73 Prozent gestiegen sind, so stellen wir fest, daß die Lebensmittel wirklich um ein Vieles höher anliegen sind, als das Breslauer Lohnamt anzugeben beliebt.

Lebensmittelverteilung.

a) vom 10. bis 22. November 1921,

auf Lebensmittelmarkt I 18: 1/2 Pfund Getreide, 1,60 M., in fast allen einseitigen Geschäften.

auf Lebensmittelmarkt 21: 1 Pfund Getreide, 3,20 M., nur in den Feinereien an den Fischlagern bekanntgegebenen Preisen.

b) vom 14. bis 26. November 1921,

auf Lebensmittelmarkt I 19: 1 Pfund amerikanisches Weizenmehl, 3,60 Mark,

auf Lebensmittelmarkt I 20: 1 Pfund Brot.

Zur Beachtung!

Bei dem zur Verteilung gelangenden Griech handelt es sich um die wertvollste von erstklassiger Beschaffenheit. Trotz der etwas gelblichen Färbung des Hartgrieches darf derselbe nicht mit dem billigeren und geringwertigen Weizengrieche verwechselt werden.

Breslau, den 8. November 1921.

Stabverteilungssache: Art. Nahrungsmittel.

Aus dem Waldenburger Revier.

Die „Bergwacht“ und wir.

Die „Schlef. Bergwacht“ bringt in ihrer Nr. 260 vom Sonnabend, 5. November, eine Notiz „Ziegler und Gruschwitz“ und reißt dabei das Maul wie immer gewaltig auf. Gemach, Ihr Herren von der Sandstraße, noch lebt die kommunistische Partei und ganz besonders im Waldenburger Revier. Wir werden schon dafür sorgen, daß die Alten über die kommunistische Partei, die Ihr geschlossen haben wollt, nicht verstanden und wieder aufgemacht werden müssen. Die Krise, die politisch und wirtschaftlich zu einer dauernden geworden ist, wird auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnen und ihm klar machen, wo die Vertreter des Proletariats zu suchen sind. Getreu dem Vorbild ihrer großen Meister in Berlin, öffnen auch die kleinen Gernegroße in der Sandstraße die Pforten der großen Koalition nach. Trotz des einmütigen Willens der Arbeiterschaft am 31. August, geschlossen den Kampf gegen die gesamte Reaktion aufzunehmen, haben SPD. und Gewerkschaften mit der Feier des 9. November wieder einen Keil in die Arbeiterschaft getrieben. Arbeiter, wie lange noch wollt Ihr diesem Treiben zusehen, blickt nach Sachsen, nach Thüringen und anderen Teilen des Reiches, wo die Arbeiterschaft aller drei sozialistischen Parteien am 9. November gemeinsam feiert, gemeinsam sich Treue gelobt und so die Basis schafft, auf der die Kämpfe der nächsten Monate ausgetragen werden können. Seht Ihr nicht das Gespenst des Hungers heraufsteigen, spürt Ihr nicht die Fangarme des Kapitalismus um Euren Hals, hört Ihr

KPD. Breslau.

Sonntag, den 13. November, vorm. 9 1/2 Uhr, findet in den Hubertuskäfen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32, eine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Parteitag.
2. Kassenericht der Ortsleitung.

Es ist außerordentlich notwendig, daß zu dieser Versammlung alle Genossen und Genossinnen erscheinen.

Die Ortsleitung.

nicht das Klagen Eurer Weiber und Kinder? Jawohl, Ihr müht und hört dies alles und laßt aus alter Anhänglichkeit und Treue den alten Führern nach, Ihr murret und schimpft wohl, aber zieht nicht die Konsequenzen. Seht Ihr nicht, wie die SPD. und die Gewerkschaften gemeinsame Sache machen mit den Kapitalisten, wie sie Euch immer und immer wieder diesen Blutsaugern ausliefern? Seht einmal aufmerksam die „Schlef. Bergwacht“, dann werdet Ihr dahinter kommen, wie auch die „Bergwacht“ bürgerliche Interessen vertritt und welche Schandebolitik sie treibt. Einige Beispiele aus der Nummer vom 5. November mögen für heute genügen. In einer Notiz aus Hajelesch fordert sie auf, dem bürgerlichen Gesangsverein den Rücken zu kehren, sehr richtig, aber ein Stückchen weiter oben, in der Notiz von der Sanitätskolonne in Wüstegiersdorf, fordert sie zu Spenden für dieselbe auf und berichtet, daß als erster Spender der Zertilarbeiterverband und das Gewerkschaftsartell je 200 Mark gegeben haben. Ist der „Bergwacht“ und den Gewerkschaften nicht bekannt, daß das rote Kreuz eine bürgerliche und dazu eine reaktionäre Einrichtung? Wissen Sie nicht, daß es in Deutschland einen Arbeiter-Samariterbund gibt? Wissen Sie nicht von den Kämpfen zwischen ADGB. und Rotem Kreuz im vorigen Jahre in der Frage der Kinderhilfe, wie das rote Kreuz, diese von den Gewerkschaften geschaffene Hilfsorganisation, den Händen der Arbeiter entwandten hat? Warum nicht auch hier für die Arbeiter die Parole: „Heraus und keine Arbeitergroßen“, warum nicht auch hier der Ruf: „Hinein in den Arbeiter-Samariterbund“? Also man kann in der Sandstraße so und man kann auch mal so, das nennt man dann zielbewusste, klare Arbeiterpolitik. Mit Recht weiß die „Bergwacht“ auf die prekäre Sachlage in Hohenstein hin, ist ihr nicht be-

kannt, daß im ganzen Kreis solche Organisationen bestehen, ist ihr nicht bekannt, daß die Führer meist Offiziere sind und, daß dies alles verkappte militärische Organisationen sind? Warum fordern SPD. und Gewerkschaften nicht deren Beseitigung? Der einmütige Wille der Arbeiter genügt, um diese reaktionären Gebilde hinwegzufegen. Es genügt nicht, zu sagen, Augen offen halten, sondern, wenn man selbst schon misstrauisch ist, dann weg damit, ehe es zu spät ist. Oder seht Ihr nicht, wie sich das Netz immer enger zusammensieht, um eines Tages über dem Kopf des Proletariats zusammenzuschlagen? Arbeiter, Angestellte, Beamte, auch wir sagen Euch, haltet die Augen offen, seht Euren Führern mehr auf die Hände als auf das Maul, an ihren Taten sollt Ihr sie erkennen. Wir geloben, daß wir immer mit Euch sein werden und das die heiligste Pflicht der Stunde ist, alles zu tun, um für die kommenden schweren Kämpfe ein einheitliches und geschlossenes Proletariat zu schaffen, zielklar und entschlossen im Wollen und Handeln. Dies kann aber nicht geschehen mit Stinnes, sondern im Kampf gegen Stinnes.

Altwasser. Am Sonntag, den 6. November fand die jährliche Generalversammlung der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes Nieder-Altwasser statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Kartellbericht. 2. Anträge und Verschönerung. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. Besuch der Versammlung war gut wie immer. Das wurde auch von der Bezirksleitung anerkannt. Den Kartellbericht gab Kamerad Werner. Ferner kamen drei Anträge auf Unterstützung dreier in Not geratener Kameraden, welchen je 100 M. einstimmig bewilligt wurden. Ferner wurden 200 Mark für die Freie Sozialistische Jugend bewilligt. Dann wurde noch ein Protokoll einmütig angenommen und an die Verbandsleitung geschickt betreffs des Kameraden Schiller. Kamerad Schiller wurde im letzten Streik gemahregelt und war gezwungen, nach dem Ruhrverein auszuwandern. Er steht aber noch in Klage mit seiner früheren Zechenverwaltung über Lohnunterschieden. Jetzt verweigert ihm der Hauptvorstand den ihm laut Statut zustehenden Rechtsbeistand. Die Versammlung war empört über solches Verhalten der Verbandsleitung. Das letzte Wort wird darüber noch nicht gesprochen sein. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Kamerad Rindler als 1. Vorsitzender wiedergewählt. Zweiter Vorsitzender Kamerad Springer. 1. Kassierer Kamerad Opitz, 2. Kassierer Kamerad Köhler, Schriftführer Kamerad Pachel. Als Revisoren Kamerad Fahn und Kamerad Hermann. Jugendobmann Kameraden Berger und Nieder. Als Kartellbelegierte Kameraden Ruitke, Köhler und Werner.

Vorträge und Konzerte.

Konzert der Arbeiter-Sänger. Die vereinigten Männer-Gesangsvereine „Vorwärts“, „Orpheus“, „Lufas“ und „Dobrot“ veranstalten am Dinstag und Donnerstag im Breslauer Gewerkschaftshaus mit dem zu diesem Zweck gebildeten Frauen- und Mädchenchor „Ramenlos“ unter der Mitwirkung von 40 Musikern ein großes Konzert. Eintrittskarten sind zu haben in den Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“ und im Verkehrsbüro Barasch, sowie an der Abendkasse.

Versammlungskalender.

SPD. Fenzia. Donnerstag, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung, bei Herbig. Bericht vom Bezirksparteitag.

Waldenburg. Freitag, den 11. November 1921, abends 7 Uhr, in der „Herberge zur Heimat“ öffentliche Volksversammlung. Gen. Melzer spricht über: Der wirtschaftliche Zusammenbruch, die Aufgaben der Arbeiterschaft. Sonntag, den 13. November, vormittags 9 Uhr, im „Anker“, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Breslau. Kommunistische Schuhmacher. Freitag, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Fraktionsversammlung. Die Genossen aus den Klein- und Handwerkerbetrieben werden besonders aufgefordert, zu erscheinen.

KPD. Breslau. Am Montag, den 14. November, abends 7 Uhr, findet im Parteibüro der wöchentliche Referententurnus statt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Hauss. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Knechtel-Druckerei, e. G. m. b. H. Berlin SW 48. Tel. Köpenick 1956 und 1957.

Demnächst erscheint:

Als Heft 10 der Flugchriften der Kommunist. Internationale

E. VARGA

STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK

BEHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundbegriffe der Steuerlehre / Die Frage der Abgeltbarkeit von Steuern / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien

24 Seiten Preis Mk. — 30

Zu beziehen durch

CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

◆◆◆◆◆

Schauspielhaus.

Operettenabte.

Liljona King 25.

Genie und täglich 7 1/2 Uhr:

Bummel-Cheer erwacht.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:

Mascottchen.

◆◆◆◆◆

Militär-

Kleider, Hüte, Abt.,
Hosen, Schuhe, Gürtel
Leinwand, Radamerik
Damenoberbekleidung 911

Gebrandete

Mauser-Pistolen 7,63

Kaufen zu höchsten Preisen

Gewehrhandlung

F. W. Wundrey & Co., Hamburg

Colonaden

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:

Des glänzende

Variété-Programm

Sonntag
vorm. 11 Uhr:

Große Matinee

Wiederverkäufer

kaufen billig u. gut
Sachen, Hemden,
Kleider, etc., etc.,
Gürtel, etc., etc.,
etc., etc., etc.,
gute Ware, Reich-
beliebung usw. bei

E. Lehmann, Breslau

Poststraße 7.

Kaufsendung per
Nachn. n. 100 M. an.
Preisliste gratis.

Schaf-Wolle

Kraut und
Kraut auf
Strick-Wolle
Garn & Co.
Breslau
Bismarckstr. 1/2
Ecke Stadtkasse
Einlauf von
Häuten u. Fellern
Kleider, Hüte,
Schuhe, etc., etc.,
etc., etc., etc.